Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134. Donnerstag, den 11. Juni 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nach dem Blutbade.

Aus Paris schreibt man der „Leipzig. Volksztg.“: Wie der Arbeitermord in Draveil ohnegleichen ist, so reagiert darauf auch die französische Arbeiterschaft ungewöhnlich heftig. Seit dem Bluttage des 2. Juni beherrscht die furchtbare Tat das Denken und Fühlen des organisierten Proletariats, besonders in Paris, mit ungeminderter Stärke. Die Entrüstung wider die schuldige Regierung sucht sich um jeden Preis Luft zu machen. Die üblichen Protestmittel, Plakate, Versammlungen, Resolutionen, vermögen diesmal die Spannung nicht zu lösen.

Auch die doppelte Bestattungsfeier der zwei gemordeten Arbeiter hat keine Beruhigung gebracht. Viele Tausende von Pariser Proletariern verließen an den beiden Tagen die Arbeitsstätten und zogen in überfüllten Eisenbahnzügen hinaus, um den Märtyrern die letzte Ehre zu erweisen und an ihrem Grabe Rache zu schwören. Es waren mächtige Kundgebungen, vor deren Gewalt sich die Regierung des Clemenceau beugen mußte. Die Leichenzüge waren von dem Anblick der Militärmacht verschont. Nicht nur die Gendarmen, die sich seit dem Mord verstecken müssen, auch die frisch herbeigeholten Dragoner zeigten sich während der Bestattungsfeiern nicht. Und nachher, besonders nach der zweiten Kundgebung, als ein Teil der aufgeregten Masse einen im Betrieb stehenden Sandgruben-Elevator überfiel, gelang es — wenn auch mit knapper Not! — ein neues Blutvergießen zu vermeiden: die bewaffnete Macht zog sich zurück vor den Arbeitern, die mit einer Geste der Wut und Verzweiflung ihre entblößte Brust den Gewehrläufen entgegengestellt hatten unter den frenetischen Rufen: „Aber schießt doch! Schießt, ihr Feiglinge!“ Ebensowenig hatte nach dem ersten Begräbnis ein Handgemenge, bei dem ein Offizier durch einen Steinwurf verletzt wurde, tragische Folgen.

Aber können sich denn die Arbeiter damit zufrieden geben, daß man ihnen gnädig gestattet, ihre gemordeten Brüder zum Grabe zu geleiten und daß man vor einem neuen Blutbad zurückschreckt? Sie verlangen nach Sühne! Wenn die königlich-italienische Regierung in einem ähnlichen, aber doch nicht so krassen Falle die schießenden Karabinieri verhaften ließ, so müßte die republikanisch-französische Regierung die uniformierten Mörder von Draveil erst recht hinter Schloß und Riegel setzen. Statt dessen aber hat sie sich mit den Mördern solidarisch erklärt, indem sie deren flagrantes Verbrechen mit eiserner Stirn leugnet. Noch mehr! In der Kammersitzung vom 5. Juni weigerte sich Clemenceau, eine sozialistische Interpellation über Draveil zu beantworten — unter dem zynischen Vorwand, noch keine genügenden Informationen zu besitzen. Auf sein Verlangen wurde die Debatte auf heute Donnerstag vertagt, und zwar mit 435 gegen bloß 94 Stimmen. Also sämtliche bürgerliche Parteien, mit Ausnahme von etwa 20 Eigenbrödlern (zum Teil von der äußersten Rechten!), haben bereits durch dieses Votum bekundet, daß sie dem gouvernement d'assassins (Regierung von Mördern) — so nennt der Vorstand der Konföderation der Arbeit in einem Plakat das Kabinett Clemenceau — nach wie vor Folge leisten werden.

Der wahre Grund der Vertagung der Debatte ist darin zu suchen, daß die Regierung bis dahin irgendeinen gewaltsamen Ausbruch der proletarischen Empörung erhofft, der dann die Mordtat des 2. Juni in den Hintergrund schieben würde. Und das kann bei der Aufregung der Streikenden jeden Tag geschehen.

Die Konföderation der Arbeit hatte am Sonnabend eine große Protestversammlung abgehalten, an der sich 5000 Mann beteiligten. Zweck der Versammlung war, über Mittel und Wege zum wirkungsvollen Protest zu beraten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der eine allgemeine Arbeitseinstellung von 24 oder 48 Stunden für die beste Antwort auf die Verbrechen der Regierung erachtet wird. Nach dem Inhalt der Reden zu urteilen, soll diese Demonstration erst dann versucht werden, wenn die Deputiertenkammer in der kommenden Interpellation die Gendarmen und die Regierung gedeckt haben sollte. — Das in Aussicht genommene Protestmittel ist bekanntlich schon mehrmals von den italienischen Arbeitern versucht worden. Man darf gespannt sein, ob der Demonstrations-Generalstreik auch in Frankreich mit derselben wirkungsvollen Einmütigkeit und Promptheit verwirklicht wird wie in Italien.

Nach Schluß der Versammlung provozierte die Polizei, wie üblich, ein schweres Handgemenge, das mit Verletzungen auf beiden Seiten ausging.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preußischen Landtagswahlen.

Nach dem Ergebnis der Wahlmännerstichwahlen erhielten im Berliner vierten Wahlkreis insgesamt: Freisinnige Volkspartei 311, Sozialdemokraten 178 Wahlmänner. Die Wahl Dr. Müller-Sagan (FVp.) ist gesichert. — Fünfter Wahlkreis: Freisinnige Volkspartei 234, Sozialdemokraten 105, Wahl letzterer gesichert. — Sechster Wahlkreis: Freisinnige Volkspartei 353, Sozialdemokraten 387, Wahl der Sozialdemokraten gesichert. — Neunter Wahlkreis: Freisinnige Volkspartei 180, Sozialdemokraten 405, Wahl letzterer gesichert. — Elfter Wahlkreis: Freisinnige Volkspartei 130, Sozialdemokraten 346, Wahl letzterer sicher. Das schätzungsweise Resultat der Urwahlen vom 3. Juni bleibt in diesen Wahlkreisen somit unverändert. — Aus den übrigen Kreisen liegen genaue Resultate noch nicht vor. Im 12. Kreise waren 8 Wahlmänner für die Freisinnigen oder Konservativen gewählt werden; dieselben sind jedoch Sozialdemokraten. Sie legten ihre Mandate nieder, sodaß für sie Neuwahlen stattzufinden haben.

Ein Dementi.

Die Meldung von dem Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Nieberding wird dementiert. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß die Meldung von dem Rücktritt doch den Tatsachen entspricht.

Allerhand Offiziöses.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ kanzelt in ihrer Pfingstsonntag-Nummer den offiziösen Pariser „Temps“ ab, weil er sich über den Berliner Toast des Schwedenkönigs mißfällig geäußert hatte; sie findet, „daß es unbedacht war, den Staaten Europas, die außerhalb der großmächtlichen Gruppen zu bleiben wünschen, die Vormundschaft zu enthüllen, die der „Temps“ im Namen des von ihm erträumten französisch-englisch-russischen Trios über sie errichten möchte.“ Es ist ein starkes Stück für ein offiziöses Blatt, an dem Tage, an dem der englische König auf der Fahrt nach Reval Kiel passierte, von einem „erträumten“ englisch-russisch-französischen Trio zu sprechen, gleich als ob dieses bloß in Träumen des „Temps“ und nicht in der Wirklichkeit bestände.

Am selben Tage aber, an dem die deutsche Offiziösin der „Temps“ allerhand Liebenswürdigkeiten an den Kopf wirft, veröffentlicht dieses Pariser Blatt spaltenlange Interviews, die sein Berliner Vertreter mit dem Reichsschatzsekretär Sydow und dem Unterstaatssekretär Twele veranstalten konnte, und deren Zweck war, die beunruhigenden Gerüchte zu zerstreuen, die im Auslande über den Zustand der deutschen Reichsfinanzen entstanden sind. Herr Sydow versuchte, dem Vertreter des „Temps“, der, nebenbei gesagt, auch das bedeutendste Organ des französischen Finanzkapitals ist, auseinanderzusetzen, daß das deutsche Defizit nicht etwa 400 Millionen Mark und darüber, sondern bloß 126 Millionen jährlich betrage. Aus dem Artikel des „Temps“ geht nicht hervor, ob sein Vertreter Herrn Sydow auch geglaubt hat. Wenn es sich darum handelt, neue Steuern aufzutreiben, führt der Reichsschatzsekretär ja eine ganz andere Sprache, im Verkehr mit französischen Kapitalisten klimpert er aber mit den Nickeln in der Tasche, um seine Zahlungsfähigkeit wahrscheinlich zu machen. Ähnliche Interviews hat sich auch früher der russische Finanzminister Witte bestellt, die Kurse der russischen Staatspapiere sind aber durch sie nicht gestiegen. Herr v. Schön, der Auswärtige, poltert in der „Nordd. Allgem.“ gegen den „Temps“, zur gleichen Zeit flötet ihn der Reichsschuldenmeister in zärtlichen Tönen an. Erstaunt wird man im Ausland und vielleicht auch im Inland fragen: Sind sie wirklich so weit, daß sie das notwendig haben?

Ein neuer Raubzug des Marinismus?

Vor einigen Monaten hat erst der Blockreichstag neue sechzig Millionen für Marinezwecke bewilligt, schon aber kommt die Meldung von einer neuen Ausbreitung des Marinismus, die, sollte sie sich bestätigen, in ihrer Art nicht minder erbaulich wäre. Nach einer Notiz der Militärisch-Politischen Korrespondenz schweben nämlich im Reichsmarineamt Verhandlungen, wonach die aktive Dienstzeit in der Flotte um sechs Monate verlängert werden, in Zukunft also 3½ Jahre betragen soll! Es stehe anscheinend noch nicht fest, ob eine entsprechende Vorlage schon mit dem nächsten Haushaltsetat oder erst später eingebracht werde. Weiter fügt die genannte Korrespondenz hinzu, daß der Hauptvertreter dieser Forderung die „Front“, d. h. die Flotte und ihr Chef, Prinz Heinrich von Preußen, sei; schon während der letzten Wintertagung des Reichstages hätten unter der Hand Sondierungen über die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der geplanten Vorlage stattgefunden.

Wir wollen zunächst einmal eine Bestätigung der Nachricht abwarten, ehe wir weiter Stellung zu ihr nehmen. Aber so unmöglich ist's schon nicht, daß eine solche Vorlage das Ergebnis der „Belehrungsweise“ bildet, die eben von einer größeren Anzahl bürgerlicher Abgeordneter nach verschiedenen Anlagen und Einrichtungen der Reichsmarine unternommen worden ist.

Blockfreisinns Pfingstgeist.

Die „Freisinnige Zeitung“ offenbart ihren Lesern höchst merkwürdige „politische Pfingstgedanken“, die natürlich beim Ausfall der preußischen Landtagswahlen einsetzen. Dasselbe Organ des Blockfreisinns, das sich nicht genug tun konnte in der Erklärung, es müsse unter allen Umständen die konservativ-klerikale Mehrheit im Dreiklassenparlament gestürzt werden, schreibt jetzt recht resigniert:

> Der 3. Juni hat alles so ziemlich beim alten gelassen. Die Sozialdemokratie spreizt sich ja wohl in dem dünkelhaften Wahne, als bedeute der Einzug von einem halben Dutzend „Genossen“ ins Abgeordnetenhaus den Anbruch einer neuen Ära für die preußische Politik. Es lohnt nicht, sich darüber in einen Disput einzulassen: so sonnenklar ist es, daß ein Eingreifen des kleinen Fähnleins in das parlamentarische Getriebe, das zudem nach Lage der Dinge nur darauf hinwirken kann, den Widerstand der dem Fortschritt feindlichen Elemente noch mehr aufzustacheln, nicht die Macht besitzt, für sich allein das Rad der Entwicklung zu drehen.

Aus diesem Urteil des blockfreisinnigen Blattes spricht blindwütiger Haß gegen die Sozialdemokratie. Dann jammert es über die Herrschaft der Reaktion in Preußen, die natürlich nur der Liberalismus überwinden kann:

> „Im Reiche ist es für den Liberalismus, auch für den Linksliberalismus, einigermaßen wohnlicher geworden. Es ist uns durchaus bewußt, wie viel uns noch zu wünschen übrig bleibt. Es mag auch noch nicht ausgemacht sein, wie lange die Blockära dauert, ob sie für die Geschichte des Reiches mehr sein wird, als eine interessante Episode. Vorläufig jedoch befinden wir uns im Zeichen der Blockpolitik, deren charakteristisches Merkmal es ist, daß sie sich auch die Kräfte des Liberalismus nutzbar zu machen gewillt ist: und sie hat während des letzten Tagungsabschnittes des Reichstages ohne Zweifel an Festigkeit gewonnen. Man wird aber nicht dieselben Kräfte, die man an die Tafel des Reiches ladet, im preußischen Staat von der Schwelle weisen können.

Na, auf alle Fälle wird der Blockliberalismus an der Tafel des preußischen Staates genau so jämmerlich und verächtlich sich betätigen, wie an der Tafel des Reiches.

Der Trost der Betrübten.

Im ersten Stadium des Eindrucks, den der sozialdemokratische Wahlsieg auf die Gegner gemacht, stellte sich die liberale Presse so, als fänden sie es gar nicht übel, daß auch die stärkste Partei im Landtage vertreten sei. Bald aber wurde das anders und besonders die Freisinnigen suchten nach Trostmitteln. Eugen Richters sel. Witwe, die „Freis. Ztg.“ weiß denn auch schon ein solches, sogar approbiertes Mittel. Sie schreibt ganz im Sinne des Entschlafenen, die „Mitläufer“ hätten der Sozialdemokratie den Erfolg gebracht. Sie sagt, neben der planmäßigen Agitation habe „auch die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung über das Wahlrecht der extremen Linken wieder manche Mitläufer in die Arme geführt, die festzuhalten diese sich durch eifrige Agitation sicherlich bemühen wird.“

Bekanntlich ist die Stimmabgabe öffentlich und „Mitläufer“ setzen sich sicherlich nicht der Gefahr aus, für die Äußerung der Unzufriedenheit wirtschaftlich oder gesellschaftlich boykottiert zu werden. „Mitläufer“ mögen allenfalls bei geheimer Wahl durch Abgabe eines sozialdemokratischen Zettels ihrem Ärger Luft machen, wenn auch diese Fälle nicht so zahlreich sind, wie die Bourgeoisie behauptet, um der Sozialdemokratie weniger mächtig erscheinen zu lassen. Aber bei dem auf den Terrorismus der Junker, Scharfmacher und Beamten zugeschnittenen preußischen Wahlsystem werden die wildgewordenen Spießer, wenn sie es überhaupt wagen, ihrem Ärger Ausdruck zu geben, dies höchstens durch Wahlenthaltung tun. Ihren Verdruß über die eigene Blamage durch Nachplappern der alten „Mitläufer“-Geschichte verschleiern zu wollen, sieht übrigens den Freisinnigen ganz ähnlich, die stets Vogelstraußpolitik treiben.

Der „Wahlterrorismus“ der Sozialdemokratie,

der angeblich in Berlin verübt worden ist, wird in der „Kölnischen Volkszeitung“ wie folgt beurteilt: Die „Tante Voß“ klagt die gewalttätigen Sozialdemokraten an, die armen ängstlichen Freisinnigen „terrorisiert“ zu haben. Für den, der die Verhältnisse kennt, ist diese

Ausrede einfach lächerlich. Gewiß, einzelne solcher Fälle kommen vor; es kommt z. B. vor, daß einem Bäckermeister, der in einer Arbeitergegend lebt, von den Genossen gesagt wird: „Wenn du freisinnig wählst, kaufen wir dir kein Brot mehr ab". Es ist aber albern, darauf die Wahlniederlage des Freisinns zurückzuführen. Die freisinnige Partei geht den Krebsgang, weil sie überall an Vertrauen und moralischem Kredit eingebüßt hat."

Das hindert übrigens die Zentrumspresse nicht, über den Terrorismus zu klagen, der bei der Landtagswahl von der Sozialdemokratie gegen Zentrumsangehörige verübt worden sein soll.

Rote Wahlbezirke auf dem Lande.

Zum ersten Male haben sich diesmal auch in einer Anzahl ländlicher Wahlbezirke die Landarbeiter in Ostpreußen an der Landtagswahl, und zwar mit Erfolg beteiligt. Im Bezirk Rautenberg des Ragniter Kreises waren in allen drei Abteilungen sozialdemokratische Landarbeiter als Wahlmänner aufgestellt. Als einziger Wähler der ersten Abteilung dieses Bezirkes erschien unser Parteigenosse Gutsbesitzer Hofer und wählte zwei seiner als Wahlmänner aufgestellte Landarbeiter. In der zweiten Abteilung wurde ein konservativer Wahlmann gewählt. In der dritten Abteilung waren bei früheren Wahlen die konservativen Wahlmänner mit einigen Stimmen gewählt worden. Pünktlich zu Beginn der Wahl rückten diesmal aber 30 Wähler vom Gut des Genossen Hofer an, um sozialdemokratische Wahlmänner zu wählen. Das kam dem konservativen Wahlvorstand vollständig überraschend; denn unsere Genossen hatten die Vorbereitungen zur Wahl in aller Stille betrieben. Sofort wurde nun das Telephon in den Dienst der konservativen Agitation gestellt und nach allen Richtungen, von den umliegenden Gütern, die Wähler herangerufen, während der Wahlvorstand so langsam wie möglich seines Amtes waltete, damit vor Ankunft der konservativen Wähler die Wahlhandlung nicht geschlossen zu werden brauchte. Da kamen sie denn nun atemlos an: Gutsbesitzer, Inspektoren, Gutshandwerker und Arbeiter, um die konservativen Wahlmänner wenigstens der dritten Abteilung zu retten. Fast hätten sie es gegenüber den 30 sozialdemokratischen Landarbeitern geschafft. Da kam noch zuletzt der Kutscher eines benachbarten Gutes angestürzt. „Wen wählen Sie?" fragte siegesbewußt der Wahlvorsteher. In seiner Aufregung nannte nun dieser Wähler aber einen seiner Freunde, der nicht als Wahlmann aufgestellt war und nur den einen der beiden konservativen Wahlmänner. Es war nun durch Stimmenzersplitterung ein sozialdemokratischer und ein konservativer Wahlmann in der dritten Abteilung gewählt. Von fünf in diesem rein ländlichen Wahlbezirk zu wählenden Wahlmännern wurden also drei sozialdemokratische gewählt. Auch in einigen anderen rein ländlichen Wahlbezirken wurden sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. In einer Reihe Wahlbezirke erhielten die sozialdemokratischen Wahlmänner dicht an die Mehrheit grenzende Stimmenzahlen. Dabei hatten die meisten Landarbeiter oft sehr weite Strecken bis zu ihrem Wahllokal zurückzulegen, so daß viele Wähler, weil überall Terminswahl stattfand, erst nach Schluß der Wahlhandlung eintrafen und nicht mehr wählen konnten. In unseren ganz ländlichen Landtagswahlkreisen war vom Zentralwahlkomitee die Parole ausgegeben, daß da, wo keine sozialdemokratischen Wahlmänner aufgestellt werden konnten, Stimmenenthaltung zu üben sei. Diese Parole ist auch vielfach von den aufgeklärten Landarbeitern befolgt worden. In vielen ländlichen Wahlbezirken wartete man daher diesmal vergeblich auf das wie üblich von den Junkern herangetriebene konservative Stimmvieh. In anderen ländlichen Wahlbezirken wären vielleicht sozialdemokratische Wahlmänner und auch genügend Wähler vorhanden gewesen. Hier reichten aber Kräfte und Mittel nicht aus, um die komplizierte Wahlarbeit von der Zentrale aus genügend vorzubereiten.

Der Terrorismus der Junker und Junkergenossen, die große politische Rückständigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit der ländlichen und kleinstädtischen Arbeiter haben auch diesmal noch den Geldsacksvertretern ihre Mandate gerettet. Aber auch hier in Ostpreußen hat die Sozialdemokratie Bresche geschossen in die konservativen Junkerdomänen! Kleinstädtische und abhängige Landarbeiter haben sich als sozialdemokratische Wahlmänner aufstellen lassen, sie haben trotz ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit öffentlich sozialdemokratisch gewählt! Ist ihre Zahl auch noch nicht imponierend groß, so ist das Eis doch gebrochen und dem auf dem Lande vordringenden Sozialismus der Sturm auf das Junkerparlament erleichtert.

Zwirnsfäden.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" übernimmt aus einer rechtsstehenden Korrespondenz eine Notiz, wonach den sozialdemokratischen Mitgliedern des Dreiklassenhauses eine „schwere Leistung" bevorstehe, nämlich der Eid auf die sogenannte preußische Verfassung, der auch den Treueid gegen den Monarchen einschließe. Das Bülowblatt erleichtert zwar sofort die „schwere Leistung" durch die völlig zutreffende Bemerkung:

> Die „Genossen" werden den Eid natürlich wohlgemut leisten und sich dadurch in ihren antimonarchischen Aufwiegelungen nicht stören lassen. Nannte doch Bebel, woran die „Konservative Korrespondenz" erinnert, vor geraumer Zeit die Verfassungseide Zwirnsfäden, die den Sozialdemokraten in ihren Bestrebungen nicht hinderlich seien.

Bekanntlich sind es die Monarchen und Monarchisten, die konservativsten Ultras, die in den Verfassungseiden niemals etwas andres als Zwirnsfäden erblickt haben. Die preußische Verfassung selber ist nichts andres, als ein Produkt des Staatsstreichs. Die Kamarilla, die Friedrich Wilhelm IV. umgab, hetzte ihn bekanntlich andauernd zum Verfassungsbruch und damit zum Meineid auf. Wie skrupellos Bismarck in dieser Hinsicht dachte und handelte, ist bekannt genug. Jahrelang regierte er gegen die Verfassung, und noch in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit versuchte er, durch ein absichtlich heraufgeführtes Blutbad die Reichsverfassung umzustürzen, und daß auch jetzt noch derartige Pläne von den Junkern fortgesetzt werden, beweist ja jeder Blick in die konservative Presse.

Daß die Sozialdemokratie den von den Volksvertretern verlangten „Eiden" keine Bedeutung beilegt, versteht sich von selbst, und die Monarchisten sollten sich eigentlich freuen, daß wenigstens in diesem Punkte die Sozialdemokratie so streng monarchischen Anschauungen huldigt. In den Verfassungseid können die Monarchisten hineinschreiben, was sie wollen, und wenn sich die Sozialdemokratie an dergleichen Kinderträdel stoßen wollte, so wäre die Aufgabe, stets sozialistenreine Parlamente zu haben, gelöst. So leicht aber wollen wir es den Gegnern doch nicht machen.

Auflösung des Flottenvereins?

Unter dieser Überschrift schreibt die „Rhein.-Westf. Zeitung":

> „Bekanntlich steht der thüringische Gauverband des deutschen Flottenvereins ganz auf seiten des Präsidiums. Dies kommt von neuem zum Ausdruck in dem Antrag, den die Landesverbände für Sachsen-Weimar-Eisenach, Gotha und Schwarzburg-Rudolstadt für die Hauptversammlung gestellt haben. Sie verlangen darin erstens Wiederwahl des alten Präsidiums, Ernennung des Fürsten Salm und des Generals Keim zu Ehrenmitgliedern, Festlegung des Flottenvereins als nationalpolitischer Verein und, falls dies abgelehnt werden sollte, Auflösung des ganzen Vereins. — Hoffentlich bringt die Energie, die sich hierin ausdrückt, die Gegner des bisherigen Präsidiums zur Besinnung. Sollte dies nicht geschehen, so ist eine Spaltung des Vereins die unausbleibliche Folge."

Die Scharfmacher ruhen nicht, bis sie ihren Willen durchgesetzt haben. Einen ähnlichen Beschluß wie den der Thüringer Flottenwahnsinnigen hat bekanntlich auch der Flottenverein in Mülheim (Ruhr) gefaßt und an sämtliche Zweigvereine Rheinlands und Westfalens verschickt. Die Süddeutschen, die man unter den Tisch kriegen will, haben sich zu den neuesten Drohungen ihrer norddeutschen Flottenbrüder noch nicht geäußert.

Gemeinschaftliche Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Im zwölften Berliner Landtagswahlkreis ist zwischen den Wahlausschüssen der konservativen und der nationalliberalen Partei folgendes Kompromiß abgeschlossen:

1. Beide Parteien führen von heute ab den Wahlkampf gemeinschaftlich.
2. Sofern es der nationalliberalen Partei gelingt, bis zum 13. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, die parteiamtliche Erklärung der Freisinnigen Volkspartei darüber herbeizuführen, daß die freisinnige Kandidatur zugunsten der nationalliberalen Partei zurückgezogen wird, stimmen sämtliche Wahlmänner der Kompromißpartei im Interesse der gemeinschaftlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie für den nationalliberalen Kandidaten.

Sofern es den Nationalliberalen nicht gelingt, bis zum 13. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, die Bedingung zu 2. zu erfüllen, stimmen sämtliche Wahlmänner der Kompromißpartei am 16. Juni d. J. für den Kandidaten der konservativen Partei, Herrn Rechtsanwalt Ulrich.

Die „Nationalzeitung", der wir diese Mitteilung entnehmen, bemerkt dazu:

> „Im Landtagswahlkreise Moabit ist die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner bereits nach dem Ergebnis der Wahl vom 3. Juni so groß, daß die Gefahr eines neuen sozialdemokratischen Sieges in Berlin ungemein nahegerückt ist. Nur eine Einigung aller bürgerlichen Parteien kann den sozialdemokratischen Ansturm zurückweisen. Bei der Parteikonstellation in Moabit erscheint es ausgeschlossen, daß alle konservativen Wahlmänner dem Freisinnigen, noch mehr ausgeschlossen, daß alle Freisinnigen dem konservativen Kandidaten, dem bekannten Führer der Berliner konservativen Bewegung, Rechtsanwalt Ulrich, ihre Stimme geben. Nur der nationalliberale Kandidat vermag alle bürgerlichen Stimmen auf sich zu vereinigen. Von diesen Anschauungen aus sind die Nationalliberalen mit den Konservativen in Verhandlungen eingetreten. Gleichzeitig sind Erörterungen mit der freisinnigen Parteileitung gepflogen worden, die indes vorläufig zu keinem Ergebnis führten. Mit Rücksicht auf die Stichwahlen war schnelles Handeln erforderlich; die Nationalliberalen schlossen deshalb in der Nacht zum Sonnabend mit den Konservativen ab, die ebenso wie die Nationalliberalen selbst von dem Ernste der Situation und den Pflichten, die der Kampf gegen die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien auferlegt, durchdrungen waren. Die Konservativen haben, in Anerkennung, daß der nationalliberale Kandidat am leichtesten alle bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigt, sich bereit erklärt, ihre Kandidatur zugunsten der Nationalliberalen zurückzuziehen, sofern dies auch die Freisinnigen tun . . . Die Entscheidung liegt jetzt bei der Freisinnigen Volkspartei. Die Konservativen und Nationalliberalen zählen zusammen etwa 50 Wahlmänner mehr, als die Freisinnige Volkspartei; der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei hat daher keine Aussicht, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen; für die Freisinnige Volkspartei ist der Wahlkreis verloren, sie hat aber die Entscheidung in der Hand, ob der Nationalliberale oder der Konservative mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen soll, sie hat auch die Entscheidung und die Verantwortung dafür, ob der Wahlkreis Moabit sozialdemokratisch vertreten sein soll oder nicht, ob der „Zehn Gebote-Hoffmann", der als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt ist, in das preußische Abgeordnetenhaus einziehen soll."

In freisinnigen Blättern finden wir keine Äußerung zu diesem recht „schlauen" Kompromiß, das darauf berechnet ist, den Nationalliberalen ein Mandat zuzuschanzen. Hoffentlich mißlingt die Spekulation, auch wenn der Freisinn dumm und jämmerlich genug sein sollte, sich dafür einfangen zu lassen.

Sprachenfrage und Arbeiterbewegung.

Wie in anderen deutschen Grenzländern mit gemischtem Sprachgebiet kommt auch in Elsaß-Lothringen die Sprachenfrage, soweit sie durch den berüchtigten § 12 des Vereinsgesetzes aufgewirbelt worden ist, nicht zur Ruhe. Die Ausführungsverordnung für Elsaß-Lothringen hatte insofern eine Erleichterung geschaffen, als der Gebrauch der französischen Sprache für „allgemein zulässig" erklärt wurde. Aber französisch ist eben nur eine fremde Sprache. In Elsaß-Lothringen befinden sich ständig ungefähr 50 000 Italiener. Auf diese trifft natürlich die genannte Erleichterung nicht zu. Soweit nämlich in öffentlichen Versammlungen eine fremde Sprache (abgesehen von der französischen) gebraucht werden soll, ist die Genehmigung seitens des Bezirkspräsidenten hierzu erforderlich. Da aber diese Genehmigung nicht erteilt wird, soweit es sich um Versammlungen zugunsten der Arbeiterbewegung handelt, kann man sich vorstellen. Nun hat eine Reihe von Arbeiterorganisationen, an deren Spitze die freien Gewerkschaften Elsaß-Lothringens, an den Landesausschuß für Elsaß-Lothringen ein Gesuch gerichtet, in dem die Zulassung jeder fremden Sprache, mindesten aber der französischen und italienischen und wenigstens für Gewerkschaftsversammlungen verlangt wird. Diese Petition kam in der zuständigen Kommission des Landesausschusses zur Sprache, wo der Regierungsvertreter ganz trocken erklärte, der herrschende Zustand trage den Wünschen der Antragsteller „bis auf weiteres tatsächlich Rechnung"! Wozu nur die Petition überhaupt eingereicht worden wäre, wenn dem wirklich so wäre. Aber die Kommission erklärte sich mit dieser Antwort zufrieden und beschloß, dem Plenum vorzuschlagen, die Petition der Regierung „zur Kenntnisnahme" zu überweisen. Das Resultat der ganzen Aktion ist also, daß alles bleibt wie zuvor. Die Rolle des Sprachenparagraphen als Knebelinstrument der Arbeiterbewegung darf nicht verloren gehen. Den Tausenden von italienischen Arbeitern in Elsaß-Lothringen ist damit jede Möglichkeit, sich über die Arbeiterbewegung aufzuklären, geraubt. Das sind die Früchte der konservativ-liberalen Blockarbeit.

Rußland.

Die Galgen des Zaren. Während Nikolaus auf der Reede von Reval mit dem englischen König Bruderküsse tauscht, arbeiten seine Henker weiter. Dienstag fällte das Warschauer Kriegsgericht wiederum sieben und das Lodzer Kriegsgericht acht Todesurteile. Außerdem fanden in Lodz vier Hinrichtungen von Personen, welche schon vorher verurteilt worden waren, statt. — So geht es schon wochenlang!

In den Kopenhagener „Politiken" schreibt Georg Brandes zu diesen Massenhinrichtungen: „Ich empfange soeben aus Warschau folgende telegraphische Depesche: In Warschau ist das Kriegsgericht in emsigster Wirksamkeit, obwohl das Land lange völlig ruhig gewesen ist. Vom 30. Mai bis 11. Juni werden im ganzen 24 politische Prozesse vor das Kriegsgericht kommen, mit 38 Angeklagten, von denen 36 der Todesstrafe anheimgefallen sein werden. 16 sind schon zum Tode verurteilt. Unter ihnen ist ein unwissendes Bauernmädchen von 18 Jahren. Der größte Teil der Sachen betrifft alte Attentate, die nicht zur Ausführung gelangten oder unbedeutende Vergehen wider die öffentliche Ordnung. Die Verteidigung ist lahmgelegt worden. Die Advokaten werden gezwungen, in einigen Stunden ganze Aktenstöße zu studieren und aus ihnen ihre Schlußfolgerungen zu ziehen, wodurch die Verteidigung unmöglich gemacht wird. Jeder Zeugenbeweis zugunsten der Angeklagten wird rundweg abgelehnt. Der Generalgouverneur verhindert die Bestätigung derjenigen Urteile, die eine erneute Prüfung der Sache verfügen. Jeden Tag finden mehrere Hinrichtungen statt. Die Bevölkerung ist empört. Protestieren Sie ohne Aufschub in der französischen, englischen und skandinavischen Presse! Helfen Sie, einige Menschenleben zu retten! Es ist die äußerste Frist!! — Die Mitteilung gelangte erst so spät in meine Hände, daß das Kriegsgericht seine Wirksamkeit beendet haben wird, ehe ich die Verbindung mit den englischen und französischen Blättern habe erreichen können, an deren öffentlich ausgesprochene freimütige Ansicht die Verwandten und Freunde der Unglücklichen eine letzte Hoffnung knüpfen. Alles, was ich tun kann, ist, die Telegraphenbureaus in Kopenhagen und im Norden zu bitten, den englischen und französischen Blättern, die noch nicht gegen die Greuel des Zarismus in Rußland abgestumpft sind, dasjenige mitzuteilen, was jetzt in Rußland vorgeht." — Die englischen und französischen Blätter, wie überhaupt die gesamte Presse ist vollständig informiert über die Henkertaten des Zaren und seiner Schergen. Aber was nützt das? Die Bourgeoisie kümmert sich wenig darum, wie viele Todesopfer der biedere Nikolaus täglich haben muß. Für sie ist die Hauptsache, daß die „Ordnung" in Rußland wieder hergestellt wird, und daß mit dem „pazifizierten" Reich Anleihe- und sonstige profitable Geschäfte gemacht werden können.

Persien.

Der Schah spielt mit dem Feuer. Aus Teheran wird dem „B. T." vom 8. Juni telegraphiert: Der Schah beschied gestern nach dem Garten außerhalb der Stadt, in dem er sich jetzt aufhält, eine Anzahl Prinzen und Würdenträger. Diese waren dort kaum eingetreten, als sie für gefangen erklärt wurden. Der Prinz Djelal-ed-Dowle, der Sohn des Prinzen Sille-es-Sultan, ferner der Siroar, Mansur und Ala-ed-Dowle wurden in Gewahrsam behalten. Der Einspruch des Parlaments und der Geistlichkeit gegen die Verhaftungen waren fruchtlos. Der Stadtgouverneur ist abgesetzt und durch Hofbeamte ersetzt worden. Starke Kosakenpatrouillen durchziehen die Stadt. Auf dem Kanonenplatz beim Gebäude des Parlaments steht eine abgesessene Abteilung mit Geschützen in Bereitschaft. Ein Edikt des Schahs bedroht das Waffentragen mit Verhaftung. Die Aufregung unter dem Volk ist hochgradig.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 11. Juni.

Achtung, Arbeiter! über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Maifeier und Stellung einer Lohnforderung gemaßregelt wurden.

Achtung, Steinsetzer und Hilfsarbeiter! Zuzug ist fernzuhalten nach Lübeck, Travemünde, Lübtheen, Dassow, Klütz und Neumünster.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstellen von Peter Bernhardt, Hüxterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung Maurer! Der Zuzug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten. — über den Sielbau der Firma Görner u. Heidenreich ist seitens des Zweigvereins der Maurer die Sperre verhängt.

Der Streik im Steinsetzgewerbe ist nach 10wöchiger Dauer gestern beendigt worden. Der Erfolg in der Lohnfrage ist namentlich für die Rammer und Hilfsarbeiter nicht so ausgefallen, wie es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert und notwendig gewesen wäre. Die Lohnerhöhung beträgt für dieses Jahr 1 Pfg. und für das nächste Jahr 2 Pfg. pro Stunde für alle Arbeiterkategorien. Im übrigen haben die Streikenden die anderen Positionen, bis auf einige unwichtige, in der alten Fassung aufrecht erhalten; dadurch ist verhütet worden, daß die Bäume der Unternehmer in den Himmel wachsen. Die Streikenden gehen ungeschwächt aus diesem Kampfe hervor; nur ein Rammer ist fahnenflüchtig geworden und hat Verrat an seinen Kollegen begangen. Die Arbeit wird allgemein am Freitag morgen wieder aufgenommen.

Boykott über die Erzeugnisse an Brot und Zwieback aus der Fahrenkruger Brotfabrik! Das Gewerkschaftskartell in Segeberg sah sich in seiner Sitzung vom 9. Juni veranlaßt, den Boykott über die Erzeugnisse obiger Fabrik zu beschließen, nachdem in eingehender Verhandlung festgestellt worden war, daß es der Fabrikleitung gar nicht eingefallen war, auch nur ernstlich daran zu denken, den am 26. Februar dieses Jahres im Anschluß an den Streik abgeschlossenen Tarifvertrag einzuhalten. Vielmehr ging die Fabrikleitung sofort darauf aus, einige der Streikenden überhaupt nicht wieder einzustellen, dagegen unterstützte sie die Bestrebungen der Gelben, auch in Segeberg eine gelbe Streikbrechergewerkschaft der Bäcker zu gründen. Verschiedene Versuche der Vertreter des Bäckerverbandes, mit der Fabrikleitung zu verhandeln und sie zur strikten Einhaltung des Tarifes zu bewegen, hatten immer nur Versprechungen der Fabrikleitung zur Folge, aber eingehalten wurde davon nichts. Statt dessen entließ die Fabrikleitung kurz vor Ostern noch zwei der wieder eingestellten Streikenden, dagegen behielt sie die Streikbrecher im Betriebe. Auch hier wurden noch Verhandlungen versucht, scheiterten aber daran, daß die Fabrikleitung keinerlei Entgegenkommen zeigte. Es war klar, daß der Plan der Fabrikleitung dahin ging, die organisierten Bäcker überhaupt vollständig aus ihrem Betriebe zu verdrängen und statt dessen nur Mitglieder des gelben Streikbrecherbundes zu beschäftigen. Das war die Veranlassung, weswegen von dem Gewerkschaftskartell in Segeberg der Boykott über die Erzeugnisse der Fabrik beschlossen wurde. Wir wenden uns nun an die gesamte organisierte Arbeiterschaft in der Provinz Schleswig-Holstein, sowie in Hamburg und Lübeck, uns in diesem Kampfe wirksam zu unterstützen und kein Brot und Zwieback aus den Filialen der Fahrenkruger Brotfabrik zu kaufen!

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, den 15. Juni 1908, vormittags 10 Uhr, stattfindet, wird folgende Tagesordnung vorfinden: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Verleihung des Enteignungsrechts an den lübeckischen Staat für die Enteignung eines Teiles des Grundstücks Fünfhausen Nr. 21. 2. Aufhebung der geplanten Verbindungsstraße W zwischen der Moislinger Allee und der Finkenstraße und Arealverkauf an die Firma Ewers u. Miesner. 3. Verkauf von Areal an der Waisenallee an die Firma W. F. L. Beth. 4. Bewilligung von 6050 Mk. zu den Kosten der Anlage des Industriegleises am rechten Kanalufer bei der Gasanstalt II. 5. Ermittelung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten. 6. Errichtung der Stellen eines Kanzlisten erster und eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse beim Polizeiamte. 7. Nachbewilligung für den Bau der Offizierspeiseanstalt. 8. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1908. 9. Änderung in der Stellung der Bauaufseher und Schaffung von fünf neuen Bauaufseherstellen. 10. Verkauf eines Areals der Allgemeinen Armenanstalt zwischen der Ratzeburger Allee und der Elswigstraße an den Fabrikanten G. F. Harder. Errichtung von zwanzig neuen Zollaufseherstellen. 12. Aufhebung der Freischulen und Staffelung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer. 13 Antrag von Wissell und Genossen, betr. Ersuchen an den Senat: 1. der Bürgerschaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch welche die der Regelung durch die Landesgesetzgebung vorbehaltenen Ausnahmen von den Bestimmungen des Reichs-Vereinsgesetzes im Sinne größtmöglichster Freiheit für Lübeck gesetzlich sichergestellt werden; 2. vor Erlaß der der Landeszentralbehörde zugewiesenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsvereinsgesetz die Äußerung der Bürgerschaft einzuholen. 14. Antrag von Wissell: die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, welche die Errichtung eines Wöchnerinnenheims vorsieht. 15. Erbauung eines Schulhauses für die zweite Haushaltungsschule in St. Lorenz, sowie Änderung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen an dieser Schule. 16. Bericht der Kommission zur Prüfung der Eingaben der Landgemeinde Schattin, betreffend die Nädlerhorstfähre und des Antrages Maack, betreffend den Bau einer Fahrbrücke zwischen Wulfsdorf und Vorrade. 17. Antrag von Lippert: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, ihr die Verfügung des Senates, betr. die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten, vorzulegen.

Eine für Raucher erfreuliche Neuerung ist von der Betriebsverwaltung Lübeck der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft getroffen worden, indem in den Anhängewagen das Rauchen gestattet wird. Sicherlich werden auch viele weibliche Passagiere die Anhängewagen nunmehr bevorzugen, denn der Duft einer guten Zigarre ist nicht zu verachten.

Nach Benzin duftete gestern mittag eine ganze Anzahl unserer schönen Vorstadtstraßen und Alleen; weit mehr als hundert Autos, die eine umfängliche Tour von Berlin nach Frankfurt a. M. über Stettin, Kiel, Flensburg, Köln, Trier unternehmen, passierten unsere Stadt, um im weiteren Verlaufe des Tages die Landstraße bis Kiel in „guten Geruch" zu bringen. Wie gemunkelt wird, hat es wider Erwarten auf der bisherigen Fahrstrecke noch keine Toten und ernstlich Verwundeten gegeben; ein einzig dastehender Fall. Sollte die Vernunft am Ende sogar bei den Autofexen eingekehrt sein? Schwer hält es, das zu glauben.

pb. **Schwindler.** Einem hier zugereisten Stricker wurden in einer hiesigen Herberge von einer unbekannten Person die Papiere abgenommen unter dem Vorwande, er wolle ihn als Arbeiter in Schönberg i. M. beschäftigen. Der Unbekannte, welche sich mit Vornamen August nannte, ist ca. 24 Jahre alt, 1,65 bis 1,70 Mtr. groß, hat blondes Haar, Anflug von Schnurrbart, volles Gesicht und ist von untersetzter Statur. Bekleidet war derselbe mit schwarzem Jackett, grau karierter Hose, grünem Hut, Papierwäsche und weiß und rot gestreifter Krawatte. Die Papiere, 1 Quittungskarte und ein Abzugsattest von Görlitz lauten auf den Namen Franz Robert Cerveny, geb. am 21. Februar 1882 in Zella, St. Blasi.

pb. **Fahrraddiebstähle.** Aus dem Vorkeller des Hauses Schwartauer Allee 12 b wurde am Montag, den 8. d. M., ein Fahrrad gestohlen. Das Fahrrad trägt die Marke „Excelsior", hat schwarzes Gestell, blaue Speichen, nach oben gebogene Lenkstange und ist ohne Schutzbleche. An dem Fahrrad befindet sich die Polizeierkennungsnummer 6616. — Am 10. d. M., nachmittags gegen 6¼ Uhr, wurde bei der Post, Schlüsselbuden, ein Fahrrad ohne Marke gestohlen. Dasselbe hat schwarzes Gestell, schwarze Felgen und ist ohne Schutzbleche. Die Polizeierkennungsnummer ist 12029. — Ebenfalls wurde am 10. d. Mts. um 3½ nachmittags ein Fahrrad Marke „Schnell" vor dem Hause Mengstraße 26 gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, vernickelte Felgen, nach oben gebogene Lenkstange und weiße Handgriffe. An dem Fahrrad befand sich die Erkennungsnummer 4676.

Das Trinken beim Essen. Das Trinken beim Essen ist eine weitverbreitete Sitte, und es gibt viele Persönlichkeiten, die behaupten, daß sie nicht essen können, wenn sie nicht gleichzeitig dazu trinken. Diese Ansicht ist falsch, und die Gewohnheit, auf der sie ruht, nachteilig. Die Flüssigkeit, die zu den Speisen getrunken, oder, was noch schädlicher ist, vor den Mahlzeiten genossen wird, setzt in den meisten Fällen sehr wesentlich den Appetit herab. Es ist daher bei Kindern besonders darauf zu achten, daß sie weder vor noch während der Mahlzeit trinken, damit nicht eine scheinbare Sättigung eintritt, die verhindert, daß das Kind die zu seiner Entwicklung notwendigen Nahrungsstoffe aufnimmt. Ferner ist zu bedenken, daß durch jede Flüssigkeit der Magensaft verdünnt und dadurch die Verdauung erschwert wird, weshalb auch die einfachen Wassersuppen, wie sie früher üblich waren, nicht vorteilhaft sind. Man tut daher am besten, den Durst durch Trinken zwischen den Mahlzeiten zu löschen oder, wer nicht so lange warten kann, soll nach den Mahlzeiten frisches Obst genießen, mit dem er dem Körper auch gleichzeitig Stoffe zuführt, die für die Gesundheit von großem Werte sind. Trinken zu den Mahlzeiten ist im allgemeinen nicht zu empfehlen.

Auf dem Spielplatze des Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde in Karlshof herrschte trotz der ungünstigen Witterung an beiden Pfingsttagen ein reges Leben und Treiben. Alt und jung tummelte sich auf dem herrlich gelegenen Platze, die den Mitgliedern zur Verfügung stehenden Spielgeräte fleißig benutzend. Außerdem fanden daselbst Wettspiele zwischen der Lübecker Sportvereinigung und Hamburger und Bremer Mannschaften statt, die eine große Menge Schaulustiger angelockt hatten.

Die Blütezeit der Kornblume hat jetzt begonnen. Während jeder Landmann diese Pflanze als ein höchst lästiges Unkraut betrachtet, das den wachsenden Roggenhalmen viel Nahrung raubt, wird sie von den Stadtbewohnern hoch geschätzt und gern zum Strauß gebunden. Leider wird beim Pflücken der Pflanze vielfach rücksichtslos verfahren, da die Ausflügler in die Kornfelder eindringen und die wogenden Getreidehalme niedertreten. Ein derartiges Eindringen in die Felder ist natürlich strafbar und kann außerdem zu recht unangenehmen Begegnungen mit den Besitzern führen.

Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. Betriebs-Ergebnisse für den Monat Mai 1908. Befördert sind (nach den vorläufigen Ermittelungen): 463 961 Personen und 117 650 Tonnen Güter gegen 495 697* Personen und 120 971 Tonnen Güter im Jahre 1907. Eingenommen sind:

	Pers.-Verkehr Mk.	Güter-Verkehr Mk.	Neben-Einnahm. Mk.	Zu-samm. Mk.	Ges.-S. bis Ende März Mk.
1908: vorl.:	282 524	296 075	59 400	637 999	2 838 799
1907: „	332 967	304 870	41 800	679 637	2 809 281
unterſch. 1908:	— 50 443	— 8 795	+ 17 600	— 41 638	+ 29 518
1907 endgültig:	352 726	312 563	58 349	743 638	3 067 537

* 1907 fiel das Pfingstfest in den Mai.

Stadthalleutheater. Man schreibt uns: Die Groteske „Gretchen" ist auch noch für morgen auf dem Spielplan. Mit jeder Aufführung erhöht sich der Erfolg des Stückes und das Interesse des Publikums. Die übliche Sonnabend-Vorstellung zu volkstümlichen Preisen bringt die letzte Wiederholung des beliebten Volksstückes „Hasemanns Töchter" von L'Arronge. Jeder Platz kostet 50 Pf. Die Vorbereitungen für die Sensations-Neuheit „Lokomotivführer Claußen" sind soweit gediehen, daß die Erstaufführung schon am Sonntag stattfinden kann. Über den Erfolg in Berlin schreibt die „Volks-Zeitung" u. a.: „Das Stück ist natürlich ein Tendenzstück. Aber die Tendenz ist eindringlich, jedoch nicht aufdringlich. Die Vorgänge predigen, nicht die Personen; es wird nicht nur geredet, es geschieht auch etwas — mit einem Wort: das Stück wirkt dramatisch. Der Verfasser hat das Leben kennen gelernt und gut beobachtet. Und die Töne, die er ihm abgelauscht, und die Farben, die er ihm abgesehen hat, hat er mit künstlerischer Gestaltungskraft auf die Bühne gebracht. So kam es, daß die Zuschauer von Anfang bis zum Schluß gefesselt waren und mitgerissen wurden.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats Lübeck findet hier am Freitag, den 12. Juni, abends von 5—8 Uhr, im Gasthof „Transvaal" statt. — Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins halten am Freitagabend eine Versammlung ab, in welcher Genosse Weyers einen Vortrag hält. Auch die männlichen Genossen sind eingeladen.

Kiel. In der Werftdiebstahlssache hat der Untersuchungsrichter bisher für 300 000 Mk. nachweisbare Unterschleife festgestellt.

Delmenhorst. Wohlfahrtswohnungen. Eine eigenartige Auslegung des Begriffs Hausfriedensbruch konstruierte das Schöffengericht in Delmenhorst. Der Hilfskassierer der örtlichen Verwaltung des Textilarbeiterverbandes hatte ein Strafmandat von 10 Mk. erhalten, weil er trotz eines von einem Beauftragten der Fabrikbesitzer an ihn ergangenen Verbotes die Jutestraße und die Häuser derselben betreten hatte. Es wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Schöffengericht kam zu dem Urteil, es liege Hausfriedensbruch vor. In der Begründung wurde ausgeführt, die Bewohner der Fabrikhäuser hätten dadurch, daß sie es stillschweigend geschehen ließen, daß von der Fabrikleitung eine Warnungstafel am Eingange der Straße angebracht wurde, nach der das Betreten Unbefugter verboten sei, verwirkt, selbst das Hausrecht auszuüben, dieses vielmehr dadurch der Fabrikleitung resp. deren Beauftragten überlassen. Somit habe diese das Recht, Personen das Betreten der Straße und Häuser zu verbieten. — Gegen dieses Urteil ist natürlich Berufung eingelegt.

Bremen. Ein schweres Unglück passierte an der Bremer Dampffähre nach Woltmershausen am Stephanitorsbollwerk. Der Dampfer „Capella", von Woltmershausen an den Anleger kommend, hatte die vordere Trosse festgelegt, als der die hintere Trosse festmachende Matrose über Bord fiel. Er kam sofort hoch, da schug der Dampfer gegen den Anleger und drückte dem Matrosen die Brust ein. Es gelang zwar, ihn aus seiner Lage zu befreien, er starb jedoch eine Viertelstunde nach dem Unfall. Der Verstorbene war 18 Jahre alt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Juni. Vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I begann heute der Prozeß gegen den Rentier Dr. Riedel wegen Sittlichkeitsverbrechen, Verführung Minderjähriger und Verleitung zum Meineid. Die Verhandlung ist auf drei Tage berechnet und die Öffentlichkeit auch für die Presse für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Danzig, 10. Juni. Vom Küstenpanzer „Aegir" ertranken bei der Heimfahrt vom Urlaub infolge Umkippens des Fährbootes die Matrosen Fritz aus Stuttgart und Uffat aus Königsberg.

Thorn, 10 Juni. Die Meldung, im Vororte Mocker seien zwei Fälle von Cholera nostras vorgekommen, ist unzutreffend. Eine Frau namens Jablonski ist an einer Fischvergiftung gestorben, der Arbeiter Gumowski an Brechdurchfall, aber nicht an Cholera erkrankt und vollständig außer Gefahr.

München, 10. Juni. Vollmar erkrankt. Die „Münchener Post" schreibt: Genosse Vollmar, der seit längerer Zeit schon leidend ist, der aber trotzdem nach Kräften sich an der Landtagsarbeit beteiligt hatte, ist, wie uns aus Soiensaß gemeldet wird, am ersten Tag seiner Ankunft dort, am vergangenen Sonnabend, wieder schlimmer erkrankt. Er hat hohes Fieber mit starken Schmerzen in Brust und Rücken. Nach Ansicht der Ärzte handelte es sich um einen Influenzaanfall und unser Freund wird daher für die nächsten Wochen leider nicht aktionsfähig sein.

Oedenburg, 10. Juni. Ein entsetzliches Unwetter, verbunden mit fürchterlichem Hagelschlag hat gestern im Wiesenburger Komitat die ganze Weinernte vernichtet. Der Hagelschlag war so stark, daß der Eilzug auf offener Strecke halten mußte.

Tiflis, 10. Juni. Der Exarch von Grusien, Erzbischof Nikon, wurde heute auf der Treppe des Synodalgebäudes durch mehrere Revolverschüsse getötet, der ihn begleitende Klosterbruder schwer verwundet. Die Mörder entkamen.

Paris, 10. Juni. Nach einem Bankett des Automobilklubs erkrankten unter Vergiftungserscheinungen fast alle Teilnehmer infolge des Genusses von Entenbraten. Der Bankettteilnehmer Tampier ist bereits gestern gestorben. Das Befinden von einigen anderen gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Paris, 10. Juni. Im Bahnhof von Oufreau bei Arras stieß ein Personenzug der Nordbahn mit einem Güterzuge zusammen. Der Maschinist und der Heizer des Güterzuges wurden getötet, ein Schaffner wurde verletzt.

Neuyork, 10. Juni. Das Hotel Gramatan in Brouxville ist in der Nacht zum Dienstag vollständig niedergebrannt. 450 anwesende Hotelgäste mußten in den Nachtgewändern fliehen. Der Umstand, daß das Hotel nur halb besetzt war, erleichterte den Gästen das Entkommen. Bei den Rettungsarbeiten spielten sich ergreifende Szenen ab. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt.

Literarisches.

Von den „Sozialistischen Monatsheften" Herausgeber Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 b), die jetzt bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, ist soeben das 12. Heft des 14. Jahrgangs zur Ausgabe gelangt. Es ist im wesentlichen dem in diesem Monat stattfindenden Gewerkschaftskongreß in Hamburg gewidmet. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission, M. d. R.: Zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg. — Otto Hue, M. d. R.: Aus der gewerkschaftlichen Sturm- und Drangperiode. — Emil Döblin, Vorsitzender des Buchdruckerverbandes: Tarifvertragspolitik und Klassenkampf. — Theodor Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes: Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. — Arbeitersekretär Johannes Timm, Mitglied des Bayrischen Landtages: Zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. — Zentralarbeitersekretär Robert Schmidt, M. d. R.: Jugendbildung. — Arbeitersekretär Herman Mattutat: Die Berichterstattung der Arbeitersekretariate. — Rose Maßreder: Ein Zwist. — Richard Calwer: Der 3. Juni 1908. — Alfred Fröhlich: Zur Psychologie Der Technik. — Emil Girbig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes: Die Flaschenmaschine in der Glasindustrie. — Politik von Max Schippel, — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Bildungsbewegung von Dr. Franz Lindheimer. — Frauenbewegung von Wally Zepler. — Sozialwissenschaften von Dr. Conrad Schmid. — Hygiene von Dr. Heinrich Grün. — Bildende Kunst von Anna Plehn. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfennig. Pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporteuren, in den Kiosken, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom „Verlag der Sozialistischen Monatshefte", Potsdamer Straße 121 b, Berlin W. 35. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 10. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,05—1,15 Mk., Meierei-Butter, Pfd. 1,25—1,30 Mk., Hasen —,— Mk., Enten —,— Mk. Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stck. 0,90 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pf., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 0,90—1 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,15—1,30 Mk., Eier 9 u. 10 Stck. 60 Pfg. Heringe — St. — Pf., Dorsche gen., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,20—1,40, Brachsen Pfd. 0,60—0,70 Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 90—100 Pf., Karautschen Pfd. 70—80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg. Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Sternschanz-Viehmarkt

10. Juni.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 3700 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 56—57 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 46—52 Mk. und Ferkel 55—57½ Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Freundliches Logis

zu vermieten

Ludwigstraße 60, I.

Kl. Gröpelgrube 12 Laden zu vermieten, Keller, Diele und Hof vorhanden, passend für Milch- oder Grünwarenhandl., Preis 150 Mk. Näh. **P. H. Bernhard, Hüxterdamm 10.**

Eine Drei- bis Vierzimmerwohnung vorm Holstentor-N. zum 1. Oktober von ruhigen Leuten mit 2 Kindern gesucht.
Off. u. **A K** an die Exped. d. Bl.

Ges. ein Arbeitsbursche

zur Hilfeleistung
beim Flaschenspülen.
Adler-Brauerei.

Das Haus Fünfhausen 28

ist sofort zu verkaufen oder zu vermieten.
Näheres Hüxstraße 18, Zigarrenladen.

---

1 Haus mit 5 Wohnungen, passend f. jed. Geschäft, ist zu verkaufen.
Näheres Wahmstr. 42.

Eine Bettst. m. Sprungf.-Matr.

zu verkaufen Wickedestraße 68, II.

Ein neues Plüsch-Sofa billig zu verkauf.
Beckergrube 20, pt.

Aquarium (Fischkasten), Inhalt 5 Eimer Wasser, ist billig zu verkaufen
Kottwitzstraße 29 a, pt.

Zu verk. ein 4rädiger **Handwagen** u. eine **Geige** mit Kasten.
Kolk 20.

Zu verkaufen ein **Hahn** zur Ausstellung.
Näheres Friedenstr. 31.

Verloren am Freitag nachmittag von einem Laufmädchen Mk. 12.41 und drei Zehn-Pfg.-Marken. Abzugeben gegen Belohnung
Adlerstraße 8 a, pt.

Prima Magnum bonum-Esskartoffeln

empfiehlt
A. Bothe, Füchtingstraße 18.

Kräft. Steckrüben- u. Selleriepflanzen

empfiehlt
H. Klemm, Handelsgärtner.
Rabensbusch bei Stockelsdorf.

Den werten Einwohnern von **Seeretz** zur Nachricht, daß ich vom **13. d. Mts.** ab einen

Rabatt von 5 Proz. gebe.

H. Suwe, Seeretz.

Bringe Freunden und Gönnern mein

Kolonial- u. Fettwarengeschäft

nebst Schrot-, Mehl- u. Futterstoffhandlung in Erinnerung.

Wilhelm Groth, Fackenburg.

Kolonialwaren.

Hierdurch mache ich allen werten Kunden u. Bekannten die höfl. Mitteilung, daß ich ein

Fuhrgeschäft

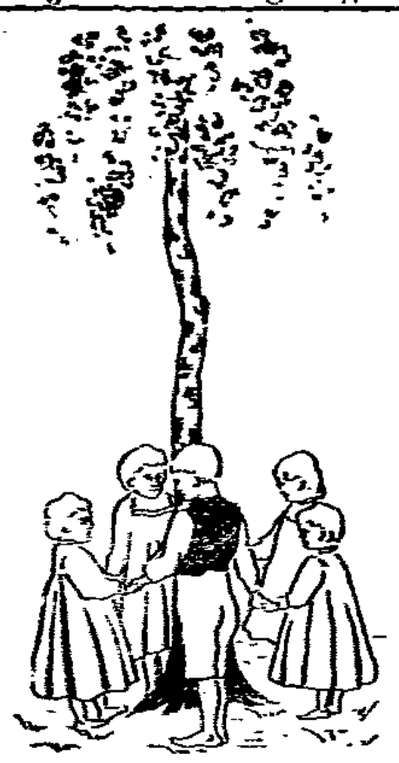
eröffnet habe. Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittend, zeichne
Hochachtungsvoll
H. Teudt, Schwartauer Allee 178.
NB. Umzüge werden prompt und billig ausgeführt.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.

Carl Heynert, Lübeck

Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

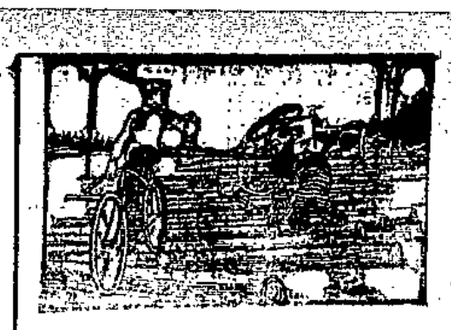


Milch, Milch, Milch

ist ein schön Getränke usw.

Hansa-Meierei

liefert an ca. 5000 Haushaltungen und ist stets bemüht, das Vertrauen der Hausfrauen zu verdienen.



Staunenerregend billig

sind die
Fahrräder und Zubehörteile
vorm Burgtor bei
Joh. Meier, Arnimstraße 12a.

St. Gertrud-Fahrrad-Haus.

Vertretung von nur erstklassigen Fabriken.
Von den billigsten bis zu den feinsten Sorten.
Reparaturen schnell und billig. **Teilzahlung gestattet.**

Sehr schöne frische II. Sorte

Meiereibutter Pfund Mk. 1.20

Beckergrube 33. **Fedder J. Behm.**

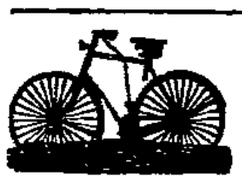
Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:

PLATEN

Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.

Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. und deren Kolporteure. Johannisstr. 46.



Fahrräder von Mk. 58.— an.

Ausführung sämtlicher Reparaturen gratis.
Julius Schulz, 25 Fleischhauerstraße 25.

Die Geächteten.

Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von **Wilhelm Blos.**

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erfährt das Parteileben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteure. Johannisstr. 46.

Gesangverein der Zimmerer.

Einladung zum

Ausflug nach Ratzeburg

am Sonntag, den 21. Juni 1908.

Abfahrt ab Lübeck mittags 1 Uhr 31 Minuten.
Rückfahrt ab Ratzeburg abends 11 Uhr 20 Minuten.

Der Fahrpreis beträgt 95 Pfg.

Kameraden, Freunde und Bekannte, welche den Ausflug mitmachen wollen, haben sich zu melden beim Obmann und bei sämtlichen Sängern. Rechtzeitige Meldungen werden erbeten.

Der Vorstand.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 — Otto Albers — Kohlm. 10.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	2,20—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,95
Zwirn-Hosen	1,68—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Frisenrjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Schweinefutter

kann abgeholt werden.
Hansa-Meierei.

Allgemeine Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft, Betriebsverwaltung Lübeck.

Das Rauchen

ist bis auf weiteres in unseren

Anhängewagen

gestattet.
Lübeck, den 10. Juni 1908.
Die Betriebsverwaltung.

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsg.

Monats-Versammlung

heute Donnerstag, 11. Juni,
abends 8½ Uhr.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 12. Juni,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

NB. Sämtliche Kollegen unserer Organisation, welche am Hafen beschäftigt sind, haben in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung!

Hafenarbeiter

Die gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, den 12. Juni,
findet umständehalber

nicht statt.

Der Vorstand.

Stadthallentheater.

Freitag: 24. Abonnements-Vorstellung.
Ungeheuer stürmischer Lacherfolg!
Zum 5. Male:

Gretchen.

Groteske in 3 Akten von Davis u. Lippschütz.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**

Hasemanns Töchter.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134. Donnerstag, den 11. Juni 1908. 15. Jahrg.

Ein Kampf eines Landarbeiters um die Unfallrente.

Als ein Musterbeispiel dafür, wie schwer die Erlangung der schmalen Unfallrente dem Arbeiter gemacht wird, stellt sich uns der Gang eines Klageverfahrens dar, welches jetzt nach sechsjähriger Dauer vor dem Reichsversicherungsamt mit der Verurteilung der Posenschen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente in Höhe von 75 Proz. an den Kläger endete. Der Angelegenheit, welche einen wahren Rattenkönig von ärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen zutage förderte, lag folgender Vorfall zugrunde.

Der Gutsschmied Stanislaus Bobkiewicz zu Rogalinek, Kreis Schrimm, Provinz Posen, wurde im Juli 1902 beim Beschlagen eines Pferdes von diesem so heftig vor den Unterleib geschlagen, daß er umfiel und eine Weile wie besinnungslos liegen blieb. Diesem Unfall folgte ein dreiwöchentliches Krankenlager. Nach dessen Ablauf war Bobkiewicz nur noch zum Verrichten von leichteren Arbeiten fähig. Da er dabei noch beständig Schmerzen fühlte, machte er im Juni 1903 seinen Rentenanspruch geltend. Nach einer Untersuchung durch den Kreisarzt schickte ihn die Berufsgenossenschaft am 26. November des betreffenden Jahres in das Kreiskrankenhaus zu Schrimm. Aus diesem wurde er am 4. April 1904 entlassen. Von der 14. Woche ab nach dem Unfall hatte er eine Rente erhalten, welcher eine Behinderung der Erwerbsfähigkeit um 40 Prozent zugrunde lag. Nach der Entlassung aus dem Krankenhause jedoch erklärte der Kreisarzt den Bobkiewicz nur noch um 25 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt. Es wurde dementsprechend die Rente gekürzt. Bobkiewicz, welcher bis zu dem erwähnten Unfall ein gesunder, kräftiger Mann gewesen, aber seitdem zu keinerlei Arbeit mehr fähig war, legte hiergegen Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Posen ein. Dieses überwies ihn am 27. August 1904 dem Geheimen Medizinalrat Dr. Kunau. Nach achttägiger Behandlung im Posener Diakonissen-Krankenhause erstattete er ein Gutachten, wonach es als „höchst wahrscheinlich" gelte, daß das derzeitige Leiden durch den Unfall vom Jahre 1902 verschuldet sei — das bestritt die Berufsgenossenschaft —, die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit betrage zum mindesten jetzt noch 50 Prozent. Auf Grund dieses Gutachtens verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft, welche an Bobkiewicz bisher eine monatliche Rente von 14,55 Mk. gezahlt hatte, zur Zahlung der doppelten Summe.

Der Kläger fühlte sich aber vollständig erwerbsunfähig. Er legte deshalb gegen das Urteil des Schiedsgerichts Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Dieses mußte den Rekurs aber, da der Kläger die vorgeschriebene Frist hatte verstreichen lassen, als verspätet zurückweisen. Inzwischen hatte Bobkiewicz nun zwei weitere ärztliche Gutachten von Privatärzten beigebracht, nach welchen eine Verschlimmerung eingetreten ist, die 70 bis 75 Prozent der gesamten Erwerbsfähigkeit ausmacht. Der Petent mußte sich nun einer neuen kreisärztlichen Untersuchung unterziehen, dann ordnete die Berufsgenossenschaft wieder Krankenhausbehandlung an. Nach anderthalbmonatiger Behandlung stellte Medizinalrat Dr. Borchard, der eine Operation in Form einer Bauchöffnung an dem Kläger vorgenommen hatte, um etwaige innere Geschwülste und Verwachsungen festzustellen, ein Gutachten aus, wonach jetzt keinerlei Unfallfolgen mehr vorhanden seien! Hierauf erhielt Bobkiewicz den Bescheid des Landeshauptmanns, daß die Berufsgenossenschaft ihm fortan keine Unfallrente mehr gewähren werde, zumal Dr. Borchard ihn noch in seinem Gutachten als Neurastheniker und Übertreiber bezeichnet hatte.

Der völlig gebrochene Mann geriet nun in eine äußerst traurige Lage. Er war zu keiner Erwerbsarbeit mehr fähig und hatte dazu eine Familie von sieben unmündigen Kindern im Alter von 1 bis 14 Jahren. Der Verdienst seiner Ehefrau, welche trotz der kleinen Kinder, Tag für Tag außerhalb des Hauses auf Arbeit gehen mußte, reichte bei weitem nicht aus zur Versorgung derselben. Die in der Folgezeit angestrengten Versuche zur Wiedererlangung der Rente, scheiterten an dem Urteil des Medizinalrats Borchard, welcher in seinem Gutachten ausdrücklich erklärt hatte, daß „objektiv nachweisbare Unfallfolgen mit Bestimmtheit nicht vorhanden sind". Da Bobkiewicz seinen Beruf als Gutsschmied auf dem Dominium Rogalinek infolge seines Leidens nicht auszuüben vermochte, mußte er alsbald die bis dahin innegehabte Wohnung räumen. Er übersiedelte mit seiner Familie nach dem Dorfe Swiontniki und stellte dortselbst den Antrag auf Gewährung einer Invalidenrente. Diese wurde ihm auch vom 1. Juni 1906 ab gewährt, und zwar monatlich 11,65 Mk., außerdem entschied der Kreisausschuß zu Schrimm, daß ihm von der Gemeinde Swiontniki monatlich 5 Mark Armenunterstützung und monatlich 3 Mk. Mietsentschädigung oder freie Wohnung zu gewähren sei. Gegen diesen Bescheid protestierte jedoch die Gemeinde Swiontniki, da Bobkiewicz bei ihr nicht unterstützungsberechtigt sei. Doch der Kreisausschuß ließ es bei seinem ersten Bescheid bewenden. Jetzt erfolgte auf Antrag der Gemeinde polizeiliche Zurückschaffung der Familie nach ihrem Unterstützungswohnort Rogalinek. Dort wurde die Familie in einer Gesindewohnung untergebracht.

Am 6. Januar 1907 stellte Bobkiewicz einen erneuten Antrag auf Wiedergewährung der 50 prozentigen Rente und brachte auch ein für ihn günstig lautendes Gutachten des Posener Arztes Dr. v. Parzewski bei, in welchem eine erhebliche Verschlimmerung des aus dem Unfall resultierenden Leidens konstatiert wird. Nach Untersuchung durch den Kreisarzt erhält der Antragsteller jedoch den Bescheid, daß „die in dem Gutachten des Dr. v. Parzewski zu Posen behauptete Verschlimmerung Ihres Zustandes nicht besteht" und daß „nach dem Gutachten des Herrn Kreisarztes hierselbst die Folgen Ihres Unfalls vom Juli 1902 vollständig beseitigt sind." Am 15. Juni 1907 bringt Bobkiewicz wieder ein Gutachten Parzewskis bei und wendet sich an das Schiedsgericht. Dieses weist die Berufung zurück, erklärte alle Ansprüche des Klägers an die Posensche Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für unbegründet mit der Motivierung, daß an dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Borchard, „eines bewährten Obergutachters in Unfallsachen", nicht im geringsten zu zweifeln sei.

Nunmehr übergab der Unglückliche, der bis dahin sich der Hilfe von Winkeladvokaten bedient hatte, die Angelegenheit dem Arbeitersekretariat in Posen. Dieses meldet unter Vermittelung des Zentralarbeitersekretariats in Berlin Rekurs beim Reichsversicherungsamt an, mit der Bitte, den Mann zur Begutachtung der königlichen Charitee zu überweisen. Dies geschah. Bobkiewicz wird vom 3. bis 21. Februar 1908 in der Charitee beobachtet. Auf Grund dieser Beobachtung und der Kenntnis der Akten kommen der Direktor der Klinik, Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Kraus und Stabsarzt Dr. Hölken zu dem Ergebnis, daß „der Kläger ebenso wie im ärztlichen Gutachten vom 18. September 1905 und vom 22. Oktober 1906, die Privatärzte behaupteten, um 75 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sei, und zwar seien die ganzen 75 Prozent als Unfallfolgen anzusehen, und daß ferner die von Dr. Borchard vorgenommene Operation keinerlei Besserung gebracht habe."

Die Gründe dieses Gutachtens machte sich das Reichsversicherungsamt zu eigen und verurteilte in seiner Sitzung vom 13. Mai dieses Jahres die beklagte Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer 75prozentigen Rente an den Kläger und außerdem zur Erstattung außergerichtlicher Kosten in Höhe von 6 Mk. Die Verurteilte hat die Rente vom Zeitpunkte des Wiederaufnahmeverfahrens, also vom 6. Januar 1907 ab, nachzuzahlen.

Charakteristisch ist, daß vom Jahre 1902 an bis zur Untersuchung in der Charitee der Kreisarzt sowie der operierende Medizinalrat stets eine endgültige Beseitigung von Unfallfolgen konstatierten, während die Privatärzte schon von Anfang an eine Beschränkung von 75 Prozent für vorliegend erachtet hatten. Zudem war Bobkiewicz vom Medizinalrat Dr. Borchard als „Neurasthenikker, der übertreibe" hingestellt worden.

Dieser im Dienste des Kapitals verbrauchte Proletarier kam wenigstens noch zu seinem, ihm gesetzlich zustehenden Recht. Wie wenigen aber gelingt dieser schwere Weg.

Pädagogik und Sozialpolitik.

Das 20. Jahrhundert ist prophetisch ein Jahrhundert des Kindes genannt worden. In unseren Tagen neigt sich das erste Jahrzehnt dieses Zeitraumes, der so glorreich zu werden verspricht, seinem Ende zu; sprechen die Zeichen der Zeit dafür, daß wir wirklich in einem Jahrhundert des Kindes leben — oder ist diese Kennzeichnung nur eine hohle Phrase, eine Lüge?

Die jüngsten Kultusdebatten in Preußen, Bayern und Alldeutschland, die Bamberger Faustverdammung, die neuesten Lehrergehaltsregulative in Bayern und Preußen und noch manch anderes untrügliches „Zeichen der Zeit" haben die Antwort auf diese Fragen für Deutschland gegeben: Die Konstellation der Gestirne am Welthimmel im allgemeinen und am Schulhimmel im besonderen ist der heranwachsenden Generation durchaus nicht günstig. Wir haben wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit erkennen müssen, eine wie tiefe schulpolitische Nacht immer noch unser „Kinderland", unser deutsches Kulturleben bedeckt. Wenn man dabei daran denkt, wie viel schwerer das Erwerbsleben für die Mehrzahl der Menschen heute geworden ist, wie aber das Tempo des Fortschritts sich immer noch mehr verschnellert und was man dann in 20 Jahren von den Menschen an Kraft und Intelligenz, an Wissen und Können fordern wird, dann, wenn die Schulkinder von heute reife Menschen geworden sind, so fragt man sich mit Bangen: geben Haus und Schule heute den Kindern genug Waffen an die Hand, daß sie einst mit Glück den Kampf ums Dasein führen können? Nein! Der Münchener Schulrat Dr. Kerschensteiner konnte jetzt erst eine vernichtende Kritik über unsere gegenwärtige Schulpädagogik fällen: „Wenn zu allen Zeiten die öffentliche Erziehung hinter den jeweiligen Bedürfnissen nachgehinkt ist, so weit zurück hinter den Lebensfragen des Staates, wie in der Gegenwart, war sie niemals!"

Und neben dem noch all die Not, das Kinderelend, das tausendfach um uns herumsteht und drängt und laut oder leis die Teilnahme, die Hilfe der Gesellschaft und der

---

Der Mann im „King Edward".

Kriminal-Roman von Friedrich Thieme.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.

Meine Gedanken arbeiteten rascher als der Wagen fuhr — ich war schon längst im reinen mit mir, als ich vor dem Hause des nächsten mir bekannten Arztes das Pferd zum Stehen brachte. Doktor Griesebach erbot sich auch sofort, mich zu begleiten. Während er sich ankleidete, lief ich die Straße entlang, bis ich einen Nachtbeamten fand, den ich von dem Verbrechen Mitteilung machte und ihn aufforderte, die Polizei davon in Kenntnis zu setzen. Dann eilte ich zurück, schwang mich auf den Wagen, in dem der Doktor eben Platz genommen, und hui — ging es nach dem Landhause zurück!

Scheinbar herrschte hier die gewohnte friedliche Ruhe. Aber nur scheinbar, denn würdigte man das Gebäude einer größeren Aufmerksamkeit, so bemerkte man eine darin vorhandene hastige Bewegung und Unstetheit. Lichter wechselten ihren Platz, Türen wurden leise auf und zugemacht, leise Fußtritte huschten trepp auf, trepp ab. Ich brachte den Doktor die Treppe hinauf, wo Nanny ihn in Empfang nahm und in das Krankenzimmer geleitete.

„Wie steht es?" inquirierte ich sie, als sie wieder herauskam.

„Er ist noch immer bewußtlos", gab sie flüsternd zur Antwort. „Die gnädige Frau ist bei ihm — und Fräulein Klara".

„Was — Fräulein Klara?"

„Die gnädige Frau schickte mich zu ihr und ließ sie dringend bitten, sie ein wenig zu unterstützen, da sie wahrscheinlich mit der Pflege Verwundeter besser Bescheid wisse — als Sie."

„Und kam sie bereitwillig?"

„Sie sagte: Ich gehe zu dem Verwundeten, der meiner Hilfe bedarf, nicht zu ihr und ging."

„Herrliches Mädchen!"

Ich wollte gehen, um mein Pferd zu besorgen, doch Nanny erfaßte mich am Rockzipfel.

„Viktor —"

„Ja?"

„Wissen Sie, wer es getan hat?"

„Nun, wer?"

Sie dämpfte ihre Stimme noch mehr als bisher und raunte mir ins Ohr: „Herr Liborius."

Was ich befürchtet, war eingetroffen! Der Verdacht lenkte sich auf den unglücklichen Künstler!

„Herr Liborius?" tat ich verwundert. „Wie kommt Ihr auf diese absurde Idee?"

„Gleich nachdem Sie fort waren, donnerte es an die Hoftür, ich machte auf, draußen stand Herr Liborius mit schreckensbleichem Gesicht und schrie, drüben neben der großen Pappel liege der Herr, der hier im Hause wohne, tot, ermordet —"

„Kannte er denn überhaupt Herrn Ricciardi?"

„O ja, er hat ihn wiederholt gesehen, als er hier war, um mit Fräulein Klara zu reden."

„Aber ein Mörder kommt doch nicht selber, um die Leute auf sein Verbrechen aufmerksam zu machen?"

„O, Josef meinte, das sei Schlauheit von ihm. Dadurch suche er den Verdacht von sich abzulenken."

„Wer hat denn überhaupt diesen Verdacht ausgesprochen?"

„Der Herr Baron war gerade wieder heruntergekommen, als er erschien, um noch etwas zu fragen. Er fragte ihn, woher er von der Sache wisse und wie er dorthin komme? Herr Liborius antwortete garnicht, aber ich gab dem Herrn Baron Bescheid. Herr Liborius fragte nur noch: Also Sie wissen es schon? Und als er hörte, dem sei in der Tat so und der Mann sei nicht ganz tot und hierher gebracht worden, meinte er, so sei ja alles gut und er habe nichts weiter damit zu tun. Er bat mich dann, Fräulein Hasse zu benachrichten, aber der Herr Baron wies ihm vom Hofe und rief ihm nach: Wegen des weiteren wird die Polizei mit Ihnen sprechen."

„Und Fräulein Klara — war sie nicht selber da?"

„Sie war schon oben bei der gnädigen Frau."

„Also durch die Äußerung des Barons —"

„Dadurch nicht allein; aber der Herr Baron sagte nach dem Weggange des Herrn Liborius zu uns: Ist es nicht sonderbar, daß dieser Herr gerade dort war, als der arme Signor getroffen wurde? Er ist wegen des Fräuleins nicht gut auf ihn zu sprechen. Weiter sagte er nichts, aber uns zündeten seine Worte ein Licht an, so groß wie eine Auerflamme."

Wir führten dies leise Zwiegespräch auf dem Korridor vor dem Zimmer, wohin der Verletzte gebracht worden war. Es konnte mir nicht einfallen, die Vermutungen des pudelköpfigen Mädchens zu zerstreuen, ich verspürte weder Lust dazu noch hielt ich es für opportun. Aber ich brauchte sie jetzt notwendiger als je, deshalb winkte ich ihr, mit mir hinabzukommen. Vor der Haustür blieb ich stehen.

„Nanny," hauchte ich ihr zu, indem ich ihre Hand in die meine nahm und sanft streichelte, „haben Sie mich ein bißchen gern?"

Das hübsche Geschöpf setzte eine einigermaßen pikierte Miene auf.

„Herr Viktor, man schilt uns Frauen das flatterhafte Geschlecht, — aber —"

„Sie meinen, wir Männer hätten weit eher Anspruch auf das bewußte Prädikat?"

„Hm — manche Männer gewiß."

Ich lachte.

„Ich vor allen, meinen Sie?"

„Ja, Sie vor allen," brach sie mit unerwarteter Gereiztheit los. „Ich komme nicht leicht einem Manne entgegen — Sie — na, ich will ganz offen sein, Sie gefielen mir, Sie haben etwas Feineres an sich — und nun —"

„Habe ich Sie in irgendwelcher Hinsicht enttäuscht, liebe Nanny?"

„Ja, in jeder. Erst geberdeten Sie sich, als fänden Sie wunder was für Gefallen an mir, und dann — dann gucken Sie mich kaum mehr an.

„Ich war immer freundlich, immer zuvorkommend."

„Das ist wahr — aber was kaufe ich mir für Freundlichkeit." Ihr zürnender Blick bestätigte mir, daß ihr wirklich mit bloßer Freundlichkeit und Galanterie nicht gedient war. Das liebe Ding! Vielleicht hatte sie gar eine Zuneigung zu mir gefaßt. O Pflicht, o harte Pflicht! Ihre Augen blitzten mich so ärgerlich an, und doch war ich überzeugt, mit einem einzigen Wort den feindseligen Ausdruck in einen solchen hingebender Zärtlichkeit verwandeln zu können — aber ich durfte dieses Wort nicht sprechen! Ich hätte mich einer niederträchtigen Handlung schuldig gemacht!

Daher versuchte ich es auf andere Weise.

„Darf man Ihnen ein Geheimnis vertrauen, Nanny?"

Der feindselige Ausdruck gewährte einem neugierigen Raum.

„Ein Geheimnis? Mir? Haben Sie mich schon einmal schwatzhaft gefunden?"

Schule heischt! Huschen wir nur einmal versuchsweise an den Zahlen vorüber, von denen Konrad Agahd, der warmherzige Pädagog und Vater des Kinderschutzgesetzes sagt, daß sie ihm von jeher als ernste Bußprediger der Gesellschaft erschienen seien: 80 000 deutsche Fürsorgezöglinge unter staatlicher Aufsicht! — 1904 rund 63 000 totgeborene Kinder, desgleichen 175 722 uneheliche Geburten in Deutschland! — Im Jahre 1903 nicht weniger als 50 219 abgeurteilte Personen im Alter von 12—18 Jahren — im Jahre 1904 entfielen für das Deutsche Reich 35,8 Prozent sämtlicher Sterbefälle auf Säuglinge, womit also Deutschland die größte Säuglingssterblichkeit aufweist! Fürwahr, ein düsterer Hintergrund, drohend und beängstigend für unsere Kultur und unser Volk!

Die pädagogische Wissenschaft — und die Pädagogik ist längst Wissenschaft geworden, trotz des gegenteiligen vorsintflutlichen Gutachtens der bayerischen Universitäten — geht heute diesen Problemen ernstlicher denn je zu Leibe; aber bis *sie* eine günstigere Konstellation der Gestirne herbeizuführen vermag, *verhungern, verwahrlosen, verelenden Millionen deutscher Schulkinder*. Und darum erhebe ich hier die ernste Frage: Was ist zu *tun*, um wenigstens die nächsten und härtesten Folgen dieser ungünstigen Konstellation *jetzt* vom Kinde abzuwenden?

Wir müssen mehr als bisher Sozialpolitik auch in der Schule treiben.

Auf dem Boden der heutigen Pädagogik, d. i. der gesamten erziehungs- und unterrichtswissenschaftlichen, samt schultechnischen Praxis, an der wir im Augenblick nichts ändern können, in deren Schoß aber das Kinderelend in hundertfacher Gestalt tatsächlich ruht, fordern wir: Berücksichtigung der allgemeinen Lage des Schulkindes und von hier aus Besserung dieser Lage und Beeinflussung der Schule und des Hauses im Sinne einer vernünftigen pädagogischen, nicht etwa bloß einer „wohltäterischen" Sozialpolitik. Man hat eine Art dieser pädagogischen Sozialpolitik als „Jugendfürsorge" in der Hauptsache der privaten Fürsorge, dem guten Willen und dem Mitleid einzelner und ihrer Wohltätigkeit überlassen — allzulange schon. Erst unsere Zeit mußte, gedrängt von verhängnisvollen Nebenerscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung, hier die Pflichten der Gesellschaft, des Staates, der Gemeinden und der Schulen aufweisen.

Alles, was von staats- und gemeindewegen in unseren Tagen außerhalb der Schule für die Kinder geschieht, um sie zu gesunden und brauchbaren Menschen und Staatsbürgern heranzubilden, ist noch lange nicht genug und durchaus nicht immer das Richtige.

Ich kann mich hier nicht auf eine breite Darlegung alles dessen, was geschieht und geschehen sollte, einlassen; sind es doch vielfach noch Probleme, zu deren Lösung man eben erst eine schüchterne Hand angelegt hat: Säuglingssterblichkeit, Fabrikarbeit verheirateter Frauen, der Mütter unserer Schulkinder; aufsichtslose Kinder; Fürsorge für uneheliche, kranke, krüppelhafte und schwachsinnige Kinder; Kinderausbeutung und Mißhandlung; Kindermorde, Kinderselbstmorde, Kinderprostitution; die Probleme des jugendlichen Verbrechertums und der Zwangserziehung Verwahrloster u. a.

Auf all diesen Gebieten geschieht zu wenig. Das macht, weil, wie auf allen Gebieten der sozialen Reform und des öffentlichen Lebens, in den Dingen der Volksbildung bisher nur die drei Faktoren des Mitleids, des Gerechtigkeitsgefühls und der politischen Einsicht wirksam waren, während der wichtigste Faktor, die pädagogische Einsicht, kaum noch zum Leben erwacht ist. Diesen wichtigsten Faktor ins Treffen zu rücken, wäre die künftige große Aufgabe der deutschen Schule und ihres rührigen Lehrerstandes. Die bisherige Stellung der Pädagogik zur Sozialpolitik war ähnlich wie vor 60 Jahren die Stellung der Regierung zur Sozialpolitik: sie hat sich nicht darum bekümmert. Sie muß sich aber endlich um die soziale Reform auf allen Gebieten annehmen und muß auf die Schule übertragen, was sie aus der allgemeinen Sozialpolitik lernen kann, zuerst in Würdigung der Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung — siehe die Wohn- und Schlafverhältnisse, den Ernährungszustand der Kinder z. B. und ihr Verhalten in der Schule und dann in Nachfolge auf ähnlichen oder besseren Wegen zur Tat.

Denn der Gedanke der vorbeugenden Hilfe muß endlich lebendiger werden; und ebenso ist der Gedanke eines Schutzes der Gesellschaft vor untauglichen Elementen noch nicht mächtig genug. Vorbeugen aber ist besser wie heilen. Vorsorge-Erziehung würde die Fürsorge-Erziehung überflüssig machen. Die Mittel, die Staat und Gemeinden heute für Armen- und Krankenpflege, für Zuchthäuser, Zwangserziehungsanstalten und Irrenhäuser aufbringen müssen, könnten besser angewendet werden und zum großen Teil unnötig gemacht werden, wenn wir Schul- und Erziehungshäuser darum bauten. Ein „Jahrhundert des Kindes" brauchten wir nötiger denn je! Und die Einsicht, daß Sozialpolitik kein Geschenk an Lumpe und Nichtswürdige sei, sondern ein kluger Gewinn und ein Sieg für die Gesamtheit!

Im Jahrhundert des Kindes müßte denn auch ganz anders für Elternerziehung gesorgt werden.

„Man könnte erzogene Kinder gebären,
Wenn die Eltern erzogen wären",

sagt Goethe.

Hier liegen Aufgaben auch der Volksbildungsvereine, die noch gar nicht erkannt zu sein scheinen: Wissen vermitteln, das die Eltern als Eltern brauchen könnten, das also den Kindern zugute käme. Auch hier muß Schule und Lehrerschaft endlich anfangen, eine viel zu lange unbeglichene Schuld abzuzahlen durch Elternabende, Hausbesuche, Auskunftsstellen für alle Elternschmerzen und Aufklärungs- und Väter- und Mütterbildungsarbeit — alles ebenso notwendige, als bislang zu wenig gewürdigte Stücke einer pädagogischen Sozialpolitik, wie unsere Zeit sie brauchte.

Die Lösung all dieser hier nur skizzenhaft angedeuteten Aufgaben setzt Menschen und Mittel voraus. Durch tröpfchenweises Helfen, durch Wohltaten und gelegentliches Probieren geschieht sie nicht. Zusammenschlüsse, Organisationen sind auch hier dringend nötig, weil, was nicht organisiert ist, im öffentlichen Leben nicht vorhanden ist.

Das Geld müßte sich längst für alles dies gefunden haben, wenn der Resonnanzboden da wäre, auf dem es klingen könnte: wenn die Leute wüßten, wofür das viele Geld!

Und in dieses Wörtchen wofür dränge ich alles hinein, was sich darüber sagen läßt: die ganze Kinderwelt und die ganze Schule und die Lehrerschaft und die deutsche Kultur und die große Zukunft unseres Volkes. Wüßte die Welt doch endlich: wofür! Wüßte sie doch endlich felsensicher, was sie annoch nur mit ungläubigem Lächeln aus Schulreden und pädagogischen Abhandlungen entnimmt, „daß die Erziehung der Jugend die höchste Angelegenheit des Volkes ist"!

A. A.

Soziales und Parteileben.

Die Aussperrung der Steinsetzer und Pflasterer in Rheinland-Westfalen wurde nach einer Meldung des „Vorwärts" nach nahezu zehnwöchiger Dauer *aufgehoben*. Es gelang, alle Verschlechterungen abzuwehren und eine Lohnzulage von je 1 Pfg. für dieses Jahr und eine weitere gleiche Erhöhung für das nächste Jahr durchzusetzen. Ein schöner Erfolg!

Über das Los der Arbeiter auf den Gütern der preußischen Junker sind schon gar manche Nachrichten durch die Arbeiterpresse verbreitet worden; das volle dort herrschende Elend jemals ganz zu erfassen, wird aber wohl kaum möglich sein, weil die sklavenhälterischen Erziehungs- und Dienstvertragsmethoden der Junkersippe dem armen Landgesinde vielfach dermaßen das Menschenbewußtsein geraubt haben, daß deren Jammerschreie gar nicht erst an die Oberfläche dringen, sondern im Tiefinnersten der gequälten Menschenseele dumpf und tonlos verhallen. Was die Presse gelegentlich zu offenbaren vermag, sind gewöhnlich nur schwache Streiflichter, und selbst diese kommen häufig genug noch gegen den Willen derer an das Tageslicht, die in den Fällen die Leidttragenden waren, weil diese armen Menschenkinder stets das Bangen mit sich tragen, daß, wenn der „gnädige Herr" davon in der Zeitung liest, es ihnen dann nur noch schlimmer als bisher ergehen werde. Wiederholt schon sind, gewöhnlich bei Gelegenheit eines über den Dienstvertrag entstandenen Rechtsstreits, von Mitgliedern des Allgem. Deutschen Gärtnervereins der Hauptgeschäftsstelle des Allgem. Deutschen Gärtnervereins derartige Schilderungen übermittelt worden, und fast immer wurde hinzugefügt: „aber ja nicht in der Zeitung abdrucken, sonst ergehts mir bezw. ergehts den armen Arbeitern noch viel schlechter". Dieses Abdrucksverbot ist auch den zwei Briefen beigefügt, denen die „Gärtnerztg." trotzdem die nachfolgenden Auszüge entnimmt. Von einem Gute des Bezirks *Westhavelland* (Prov. Brandenburg) schreibt ein Gärtner: „Bedauerlicherweise habe ich auch mit der jetzigen Stellung wieder Pech, denn es ist ganz das Gegenteil, was ich erhofft hatte. Ich habe es hier hauptsächlich mit der Wirtschafterin zu tun; diese führt die Aufsicht über den Garten als stellvertretende Frau Amtmann (denn letztere ist bereits zwei Jahre tot). Sieben Mamsells hat dieselbe in einem Jahre rausgeekelt und ich bin der vierte Gärtner. Die Mamsells halten gewöhnlich ein bis drei Tage aus, dann verschwinden sie wieder. Ein Dienstmädchen, welches durch eine Gesindevermieterin sich nach hier vermietete, jedoch die Stellung vorher nicht kannte, wollte dann nach einiger Zeit mal in ihre Heimat reisen, sie wurde jedoch von der Wirtschafterin daran gehindert. Da das Mädchen auch sonst keinen freien Sonntag erhielt, reiste sie trotzdem nach Hause; dieserhalb wurde sie von dem Herrn Amtmann (dem Besitzer des Gutes), der zugleich auch Amtsvorsteher ist, *mit acht Tagen Arrest bestraft! Das Gefängnis befindet sich zudem noch unter meiner Wohnung und zwar im Keller*; derselbe ist *sehr feucht und dumpf und ohne Fenster*. Bei stärkerem *Regen fließt sogar noch Wasser hinein*. Das Mädchen soll nach 1½ Tagen krank geworden sein. *Es kommen meistens kontraktbrüchige Knechte und Arbeiter vom Gutsbezirk hinein.*" In einem späteren Briefe von demselben Gute teilt der Gärtner gelegentlich diesen Vorfall mit: „In das *Kellergefängnis* war ein „kontraktbrüchiger" *Knecht* gesteckt worden. Es war aber *Winter und recht kalt*. Da der Raum nicht geheizt wurde, der arme Mensch aber natürlich *sehr fror*, nahm er sein Matratzenstroh und steckte dieses in *Brand*, um dadurch einige Wärme zu erzeugen. Zufällig bemerkte die Frau unseres Kollegen aus der Türritze das Durchdringen von Qualm. Unser Kollege öffnete darauf die Tür gewaltsam und fand dann, nachdem der Qualm etwas abgezogen, den eingesperrten Knecht schon betäubt vor. Nur mit großer Mühe wurde der Mann wieder ins Leben zurückgerufen." Ein anderer Fall. Ein Gärtner schreibt dieser Tage: „Im vorigen Jahre (Februar) starb mein Vater, welcher 26 Jahre auf dem *Rittergute* . . . . bei *Bernt* in Westpreußen als Wirtschafter tätig war. Die Mutter, welche nun noch mit drei kleinen Kindern von 7 bis 12 Jahren hinterblieb, wurde aus der früheren Wohnung in eine alte Kate gestopft und erhält von dem Gutsbesitzer . . . . jetzt gar nichts weiter als die lumpige Wohnung. Meine Mutter ist schon öfter beim Landrat gewesen und hat sich erkundigt, ob sie weiter nichts wie die Wohnung zu beanspruchen hätte, was der Herr Landrat verneinte. Bitte mir doch mitzuteilen, ob die Auskunft richtig ist. (Leider mußte dem Manne die wenig tröstliche Mitteilung gemacht werden, daß seine Mutter einen weiteren Anspruch rechtlich nicht geltend machen könne. Die Red.) Wir größeren Geschwister haben mit den paar Pfennigen, die wir verdienen, doch für uns selbst zu tun, ohne die Mutter unterstützen zu können. Der Gutsbesitzer will meine Mutter auch noch *dazu zwingen*, die beiden Geschwister, von denen einer Maler lernt, und die Schwester anderweitig in Dienst ist, bei *ihm* zur Arbeit zu gehen . . ." — Die Junkersippe ist doch überall gleich frech und anmaßend. Es wird eine verdienstvolle Aufgabe unserer neugewählten Vertreter im preußischen Geldsacksparlament sein, diese Ausbeuter- und Terroristengesellschaft an den Pranger zu stellen.

Ein abtrünniger Reichsverbandsschüler. In einer öffentlichen sozialdemokratischen Wählerversammlung in *Linden* brachte die Diskussion eine Überraschung insofern, als sich der bekannte Schlosser *Haake*, der bisherige Schüler und Intimus des Reichsverbandes, zum Wort meldete und aus dem reichen Schatz seiner Reichsverbandserfahrungen allerlei interessante Details zum besten gab. Insbesondere verblüffte er mit der Mitteilung, daß ihm seitens des Reichsverbandes durch Herrn *Komoll* ein *Revolver* übergeben sei, um sich damit „*gegen sozialdemokratische Angriffe zu verteidigen*". „Wir enthalten uns zunächst", so bemerkt dazu der „Volkswille", „jeden Urteils über die etwaigen Beweggründe, die den Schlosser Haake zu dieser Preisgabe des Reichsverbandes veranlaßt haben könnten, ebenso wie jeden Urteils über die tatsächliche Richtigkeit der Enthüllungen, für die uns deren einfache Mitteilung eben durch Haake vorerst nicht genügen kann. Jedenfalls bedarf es der Feststellung, ob Herr Komoll wirklich seinen Schüler Haake mit einem Revolver gegen die Sozialdemokratie ausgerüstet hat." Wie nun im „Hann. Courier" mitgeteilt wird, wollen die Reichsverbändler gegen den „Volkswillen" die Beleidigungsklage anstrengen und eine gerichtliche Klarstellung des Falles Haake herbeiführen. Das kann ganz interessant werden!

Wieder eine Gemeinheit angenagelt. Im „Volksblatt" in Halle a. S. veröffentlicht der Genosse *Kunert* folgende Erklärung: In Dölau und Umgegend wurde seit längerer Zeit ein mich betreffendes, ebenso gemeines wie blödsinniges Gerücht, das eine faustdicke Lüge in sich schließt, in Kolportage genommen. Es wurde nämlich behauptet, ich selbst hätte auf Anfrage zustanden, daß ich gern bereit sei, meine politische Gesinnung gegen Barzahlung von zehn Mark zu wechseln und das Gegenteil von dem, was ich in mehr als

---

„Nein — deshalb will ich Ihnen vertrauen. Geben Sie mir Ihre rechte Hand, daß Sie unverbrüchlich schweigen, auch wenn Sie meinen Wunsch nicht erfüllen."

Ihre Spannung wuchs immer mehr. Sie bekräftigte durch derben Handschlag ihr Einverständnis. Ich riskierte nichts, wenn ich ihr eröffnete, was ich eröffnen wollte — noch vierundzwanzig Stunden und alles mußte entschieden sein!

„Sie lieben doch Ihre frühere junge Herrin, Nanny?"

Eine wortlose Beteuerung antwortete mir.

„Wollen Sie etwas für Sie tun?"

„Wenn ich kann —"

„Sie tut Ihnen leid?"

„Sehr."

„Nun wohl, so erfahren Sie: man spinnt ein Komplott gegen sie, ihr, der man alles geraubt hat, was ihr von rechtswegen zukommt" — ich sprach selbstverständlich ganz leise — „auch noch den Geliebten zu rauben. Der Baron will sie daher zwingen, den Italiener zu heiraten —"

„Das weiß ich ja —"

„Aber Sie wissen nicht alles. Da alle Mittel nichts verschlagen, so möchte man den Verdacht des Mordes auf den guten Herrn Liborius lenken —"

„Ah — woher wissen Sie —"

„Ich habe mit dem Fräulein gesprochen und mit jemand, der ihr Bestes will. Später sollen Sie mehr erfahren. Sie sind am meisten um die gnädige Frau und den Kranken — wenn Sie etwas für das liebe Fräulein tun wollen, so suchen Sie zu erlauschen, was zu erlauschen ist. Achten Sie auf alles, was die Herrschaften tun und sprechen — wollen Sie?"

„Uns ist es wirklich für Fräulein Klara notwendig?"

„Ich schwöre es Ihnen."

„Da will ich es tun."

„Verschmähen Sie es auch nicht, durch das Schlüsselloch zu sehen —"

„Pfui —"

„O, es wird nicht das erstemal sein?"

„Herr Viktor —"

„No, no, Kindchen, ich weiß schon — diesmal ist es für einen guten Zweck. Teilen Sie es dann immer so schnell als möglich mit, was Sie vernommen haben. Vor allem wertvoll wäre es, zu wissen, was der Italiener selber spricht, sofern er überhaupt reden wird können. Also ich verlasse mich auf Sie?"

Ein Händedruck besiegelte das Übereinkommen, es war auch die höchste Zeit, denn eben kam der Arzt die Treppe herab. Ich mußte ihn doch nach seiner Wohnung zurückbefördern. Bevor er einstieg, erlaubte ich mir die Anfrage, wie es dem Kranken gehe.

„Schlecht", äußerte er phlegmatisch.

„Die Lunge ist wohl getroffen?"

„So ist es, mein Lieber."

„Es ist wohl keine Aussicht auf Genesung wieder?"

„Hm — menschlichem Ermessen nach nicht. Er wird kaum bis morgen Abend leben."

Bis morgen Abend kaum! Bis dahin mußte also Baron von Stolten alles versuchen, den Namen des Anwaltes zu erfahren, bei welchem das Vermächtnis des Italieners deponiert war, mußte es versuchen, diesen zur Zurücknahme des Dokuments zu veranlassen!

„Wird er noch imstande sein, über das Vorgefallene auszusagen?"

„Warum nicht? Er wird noch ein paarmal zum Bewußtsein kommen — der Tod wird wahrscheinlich durch eine Lungenentzündung eintreten."

Er würde sprechen, handeln können! Dann war die Aussicht für den Baron und die Baronin vorhanden, ihren Zweck zu erreichen! Wenn der Verwundete nur den Namen des betreffenden Notars oder Anwalts genannt hätte! Dann hätte ich sofort Weingärtner benachrichtigt, damit der betreffende Jurist von einer voreiligen Auslieferung gewarnt würde. Aber so war nichts zu tun. Ein Zirkular an alle Frankfurter Anwälte senden, wäre nicht zweckmäßig gewesen. Dadurch verrieten wir zuviel. Und dann — der Italiener hatte nur von einem Anwalt gesprochen, nicht aber von einem hiesigen. Sein Vertrauensmann konnte ebensogut in Leipzig oder Berlin wohnen.

Als ich zurückkam, fand ich die Polizei bereits anwesend. Ein Kommissar mit zwei Polizeibeamten war zur Untersuchung des Falles erschienen. Die drei begnügten sich vorderhand mit einem kurzen Bericht und einer flüchtigen Besichtigung des Schauplatzes, dann ließ sich der Kommissar zu dem Kranken führen und überzeugte sich, daß er zunächst noch nicht vernehmungsfähig sei.

„Weiter ist jetzt nichts vorzunehmen," äußerte er nicht ohne Befriedigung darüber, das Nachtgeschäft abkürzen zu können. „Das Opfer ist nicht tot, es ist in guten Händen und gegenwärtig außerstande zu antworten. Spuren sind nicht zu sehen. Ich werde morgen früh die Untersuchung fortsetzen und jenen Herrn Liborius mit herkommen lassen."

Bedauernswerter Architekt! Du wirst einigen schweren Stunden wahrscheinlich nicht entgehen!

Nach dem Abzug der Beamten lag das Landhaus in tiefer Ruhe. Der Schlaf zog ein in jeden Raum, der menschlichen Wesen zum Aufenthalt diente — nur das Fenster des Krankenzimmers bewahrte seinen trüben Lichtschein und zeigte durch das Vorübergleiten eines Schattens hinter den zugezogenen Gardinen, daß die Pfleger des Halbtoten ihre traurige Pflicht nicht versäumten!

Doch noch jemand wachte inmitten der schweigenden Nacht: der Detektive George Ralphson! Jede Minute konnte jetzt eine Überraschung bringen, ich mußte bereit sein für den äußersten Fall. In einem Stuhle lauerte ich hinter dem Fenster meines kleinen Stübchens, die Augen zwar halbgeschlossen, in einem halbdämmernden Zustande, der meiner Rüstigkeit und Elastizität einigermaßen den Schlaf ersetzte, aber doch jeder Sinn mit gesteigerter Empfänglichkeit ausgerüstet, in der Lage, bei dem geringsten Anlaß den schlaffen Körper emporzuschnellen!

Die Uhr zeigte etwa die erste Morgenstunde, als die Polizisten uns verließen — eine weitere Stunde verrann wie im Grabe so still und ungestört. Dann nach einer Viertelstunde und noch eine — es wurde kalt und ich raffte meine heruntergefallene Decke vom Boden auf, meine Glieder wieder einzuhüllen. Dann starrte ich mechanisch einige Augenblicke auf den dunklen Hof hinaus, durch die Spalten, welche das graue Leinenrouleaux an der Seite ließ. Eigentlich konnte ich nichts sehen, gar nichts — aber ich vernahm in der feierlichen Stille ein leises Geräuch, wie das Zudrücken einer Tür". Ich will bemerken, daß ein Fenster hinter dem Rouleaux aufstand.

War das nicht die Gartentür? Schlich sich jemand in den Garten und was hatte er darin zu suchen? Ich war müde, aber ich erhob mich trotzdem, warf die Decke von mir und schlich hinaus. Den müßigen Trost: „es war gewiß nur eine akustische oder optische Täuschung" darf es für meinen Stand nicht geben. Wie ein Schatten glitt ich an der Mauer entlang bis zum Gatter, dann an diesem hin bis zur Gartentür. Ein leiser Druck, ein viel leiserer als der vorhin, der bis zu meinem Ohr gedrungen war — wobei zu berücksichtigen ist, daß ich ein förmlich auf Lauschen geaichtes Ohr besitze und auch zum geräuschlosen Öffnen eine ungeheure Übung und Fertigkeit erworben habe —, ich befand mich im Garten und schritt, in die Schatten des die rechte Seite einsäumenden Spalliers gedrückt, vorsichtig dahin. (Forts. f.)

drei Jahrzehnten als Sozialdemokrat verfochten habe, in einer beliebigen bürgerlichen Versammlung unter Verrat meiner Parteigrundsätze zum Ausdruck zu bringen. — Um den Gerücht-Kolporteuren und dem Vater des Gerüchtes zuerst ihr schmutziges Handwerk zu legen, stelle ich hiermit öffentlich fest, daß es sich bei dieser ehrenrührigen Verdächtigung um Verbreitung einer wissentlichen Unwahrheit des Amtsschreibers Fritsche in Dölau handelt. Indem ich die Handlungsweise des Fritsche bekanntgebe und gleichzeitig brandmarke, wirke ich in Wahrnehmung öffentlicher und berechtigter Interessen, da ich als Landtagskandidat für Halle und den Saalkreis von der Sozialdemokratie aufgestellt bin. Nicht die mir völlig gleichgültige und nicht in Betracht kommende Person des Fritsche zwingt mich zur Veröffentlichung in dieser Form, sondern die politische Tatsache, daß die Abgeordnetenwahl noch aussteht und es daher notwendig ist, die Wahlmänner auf die absolute Verlogenheit des heimtückischen Gerüchtes meiner Käuflichkeit aufmerksam zu machen. In dem Dölauer Arbeiterheim habe ich die gleiche Erklärung mündlich bereits in öffentlicher Versammlung abgegeben. Weitere Schritte behalte ich mir natürlich vor. Steglitz, 2. Juni 1908. Fritz Kunert, Schriftsteller.

Ein Nachspiel zum Münchener Petersprozeß. Die „Leipziger Volksztg." berichtet: Im Prozeß Arendt gegen die „Leipziger Volkszeitung", die ihm Verletzung der Eidespflicht im Münchener Petersprozeß vorgeworfen hatte, kam auf Anregung des Vorsitzenden folgender Vergleich zustande: Der Angeklagte Hermann Müller, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", erklärt, daß er nach dem Ergebnis der heutigen Beweisaufnahme, insbesondere, nachdem Frau Dr. Kayser bei ihrer eidlichen Vernehmung in Berlin hat einräumen müssen, daß, wenn sie bei ihrer Zeugenaussage in München von einem Tagebuch ihres Mannes gesprochen habe, sie damit nur das Konzept zur Rede ihres Mannes im Kolonialrat im Oktober 1896 und die Briefe ihres Mannes an Professor Baron gemeint habe, daß in beiden aber von dem Vorfall am Krankenbett ihres Gatten nichts enthalten sei, daß das Manuskript, welches sie in München vorgelegt und als wörtliche Abschrift aus dem Tagebuch ihres Mannes bezeichnet habe, und aus dem sie damals vorgelesen habe, nichts anderes gewesen sei, als Aufzeichnungen, die sie zur Vorbereitung für den Termin in München auf Grund eigener Erinnerungen und Mitteilungen aus dem Munde ihres Mannes mit Exzerpten aus dem Konzept zur Abschiedsrede ihres Mannes im Kolonialamt selbst zusammengestellt habe, daß aber im übrigen ihr Mann weder mündlich noch schriftlich sich je über den Vorfall am Krankenbett geäußert habe, gegen Dr. Arend, Mitglied des Reichstags, den Vorwurf der Eidesverletzung nicht aufrechterhalten könne und deshalb diesen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Weiter erkennt der Angeklagte auf Grund von Dr. Arendt vorgelegten Briefen und Urkunden an, daß der Vorwurf, Dr. Arendt habe Dr. Kaiser am Krankenbett überfallen und sich Erpressungen und Bedrohungen gegen Dr. Kaiser schuldig gemacht, unbegründet sei. Der Angeklagte übernimmt die Kosten des Verfahrens einschließlich des besonderen Apparats seines Vertreters und der Zeugengebühren des Herrn Dr. Peters. Dem Privatkläger wird das Recht eingeräumt, auf Kosten des Angeklagten diesen Vergleich je einmal in der „Leipziger Volkszeitung" und dem „Halleschen Volksblatt" zu veröffentlichen.

Salz.

Unter Salz versteht man im gewöhnlichen Leben in der Regel das Kochsalz oder Steinsalz. Diese Bedeutung hat das Salz nicht immer gehabt. Die alten Alchimisten bezeichneten verschiedene Stoffe mit dem Ausdruck sal = Salz. So wurden Pottasche, Soda, Salpeter, Alaun, aber auch Säuren in festem Zustande mit diesem Gattungsnamen bedacht. Durch dem Worte sal angefügte Zusätze wurden die einzelnen Salze unterschieden als Steinsalz, Seesalz usw. In späteren Jahrhunderten faßte die Chemie den Begriff Salz enger. Auch heute noch versteht der Chemiker unter Salzen solche Verbindungen, die aus einer Säure und einer Base zusammengesetzt sind. Unter Base wird, ganz allgemein gesagt, die Verbindung eines Metalls mit dem Wasserrest verstanden. Es fallen also unter den Ausdruck Salz die oben erwähnten Stoffe als Pottasche, Soda usw. auch noch heute, aber feste Säuren werden nicht mehr dazu gerechnet. Hingegen sind das grüne Eisenvitriol, das blaue Kupfervitriol Salze, aus Eisen, bezw. Kupfer- und Schwefelsäure bestehend. Auch der Weinstein, die aus dem Weinez bei der Gärung sich abscheidende Substanz, ist ein Salz der Weinsteinsäure und des Kalis. In chemischer Hinsicht ist das Kochsalz ebenfalls ein Salz, da es aus Natron und Chlor, dem Reste der Salzsäure, besteht. Was also der Chemiker als Chlornatrium bezeichnet, ist im allgemeinen unser Kochsalz. Wenn nun im folgenden vom Salz gesprochen wird, so ist stets das Kochsalz gemeint.

Wie wir soeben hörten, besteht das Salz aus Natron und Chlor, an Natronsalzen ist aber ein großer Bedarf vorhanden, der fast ausschließlich durch das Kochsalz gedeckt wird. Das Salz ist diejenige Natronverbindung, die, in der Natur vorkommend, den größten Gehalt an Natron, ziemlich 40 Prozent, hat. Die andre natürliche Natronverbindung ist der Chilisalpeter, dessen Vorräte zu Ende gehen und der nur dann in andere Natronsalze übergeführt wird, wenn man die Salpetersäure, den andern, wertvolleren Bestandteil, gewinnen will. Das Salz kommt in der Natur als Steinsalz in überreichlicher Menge vor, so daß der Bedarf noch auf Jahrhunderte hinaus gedeckt ist. Wie allgemein bekannt ist, findet sich das Salz in mächtigen Lagern als Steinsalz. Schon in sehr frühen Zeitaltern der Erde finden sich solche Lager, die sich durch die verschiedenen Schichten hindurch fortsetzen. Noch vor unsern Augen findet die Bildung von Steinsalz statt in der Kirgisensteppe, in Arabien und Südamerika als Wüstensalz. Auch Seesalz gelangt zur Abscheidung, so im Toten Meer und im großen Salzsee von Utah (in Nordamerika). Der Jordan, der Hauptfluß der sich in das Tote Meer ergießenden Gewässer, ist unverhältnismäßig reich an aufgelösten Stoffen, und zwar vorzugsweise an Salz und Chlormagnesium. Da eine ständige Verdampfung des Wassers erfolgt, so müssen sich die Salze anreichern, und es beginnt bereits eine Ausscheidung des Salzes. Ganz ähnliches wie im Toten Meer geht in dem Elton- und dem Bogdo-See vor sich, die zwischen Wolga und Ural in einer weiten Steppe liegen. In dieser Steppe erhebt sich ein Salzgebirge, der Tschaptschatschi, aus dem eine Anzahl Salzbäche den genannten Salzseen zufließen. Der große Salzsee ist der letzte Überrest eines ursprünglich 500 Kilometer langen und 200 Kilometer breiten Seebeckens. Sein Wasserstand reichte ursprünglich 300 Meter über den jetzigen Seespiegel, wie die alten Uferlinien beweisen. Der Salzgehalt beträgt jetzt über 22 Prozent; feste Salzschichten scheiden sich bereits an seinen Ufern ab.

Die salzhaltigen Seen, wie heute unsre Meere, enthalten aber noch andre Salze außer dem Chlornatrium, z. B. Gips. Letzterer ist in Wasser viel schwerer löslich und wird sich darum früher abscheiden. In der Tat finden sich auch die meisten Salzablagerungen zusammen mit Gips. Die andern im Meerwasser vorhandenen Salze gelangen zumeist ganz zum Schluß zur Abscheidung und sind in vielen Fällen wieder weggelöst worden. Die so wichtigen Kalisalze in Staßfurt bestehen aus diesen Ablagerungen. Diese Reihenfolge wird auch durch den Siedeprozeß der Salzsole bestätigt. In den Siedepfannen, in denen die Salzlösung eingedampft wird, scheidet sich zuerst der Pfannenstein ab, der in der Hauptsache aus Gips besteht. Bei weiterem Einkochen gelangt das Salz zur Ausscheidung, und in der Mutterlauge bleiben die übrigen Salze zurück. Auf diese Weise sind in früheren Zeiten der Erde zweifellos viele Salzlager entstanden, doch können diese nur geringe Dicke erreicht haben. Das Meerwasser enthält nämlich nur etwa 3,5 Prozent, die Ostsee gar nur knapp 2 Prozent Salze überhaupt, so daß selbst die größten Tiefen der Ozeane, die sich immerhin auf über 9400 Meter erstrecken, eine größere Ablagerung nicht zustande bringen könnten.

Besonders die norddeutsche Tiefebene weist Lager von bedeutender Mächtigkeit auf. So beträgt letztere bei Staßfurt etwa 900 Meter. Bei Sperenberg, südlich von Berlin, hat man mit einer Bohrung Steinsalz in einer Tiefe von etwa 90 Metern erreicht und es in vollständiger Reinheit bis zur Tiefe von 1273 Metern verfolgt, ohne auf andere Salze zu treffen. Für solche gewaltige Ablagerungen müssen andere Ursachen maßgebend gewesen sein. Man nimmt an, daß in ziemlich abgeschlossenen Meerbusen Ablagerungen stattgefunden haben und daß immer aufs neue Zuflüsse von Salzwasser in diesen Busen erfolgt sind. Für diese Annahme hat man auch heute noch ein Beispiel an dem Karabugas genannten Busen am Kaspischen Meer. Das Wasser des Busens verdampft in erstaunlichem Maße, da er in trockener Wüste gelegen ist, und durch eine Meeresenge strömt vom Kaspischen Meere immerfort Salzwasser nach.

Diese Abscheidung hat natürlich gewaltige Zeiträume erfordert. In Staßfurt hat man an sogenannten Jahresringen die Bildungsdauer auf viele Tausende von Jahren berechnet. Es werden dort nämlich Salzschichten von 8 bis 16 Zentimeter Stärke von dünnen Anhydritlagen unterbrochen. (Anhydrit ist wasserfreier Gips.) Diese Anhydritschnüren zeigen einen Wechsel in der Ausscheidung an.

Das Steinsalz ist sehr verschieden rein. Außer andern ähnlichen Salzen findet sich Gips und Ton dazwischen. Der letztere kann sich so anreichern, daß man von Salzton spricht. Dieser Salzton tritt oft als Abschluß der Lager auf, weshalb ein Weglösen des Salzes in späteren Zeiten unterblieben ist. Auf diese Weise ist das Staßfurter Lager Millionen von Jahren vor dem Schicksal bewahrt geblieben, durch eindringende Wässer aufgelöst und weggeführt zu werden, wie es manchem andern Salzlager ergangen ist. Eine seltenere Verunreinigung des Salzes ist die durch feine Schüppchen von Eisenoxyd, die dem Salz eine rote Farbe verleihen. Noch nicht sicher aufgeklärt ist die Ursache der Blaufärbung des Steinsalzes.

In dem natürlichen Steinsalz finden sich recht häufig Einschlüsse von Gasen, die beim Erhitzen oder Auflösen entweichen (Knistersalz). Noch eine Eigenschaft kommt dem Steinsalz in hohem Maße zu, es ist nämlich stark wärmedurchlässig, in höherem Grade als irgendein andrer Körper. Das heißt, die Wärmestrahlen gehen durch das Salz, wie die Lichtstrahlen durch einen durchsichtigen Körper, sie werden weder aufgehalten, noch zurückgeworfen.

Die Gewinnung des Steinsalzes ist bekannt. Es wird bergmännisch gewonnen, und wenn es rein ist, kann es gemahlen sofort Verwendung finden. Die Löslichkeit des Salzes, 100 Teile kalten Wasser lösen 36 Teile Salz, bewirkt es, daß die im Erdinnern vorhandenen Salzlager gelöst werden und entweder als Solen zutage treten oder durch Pumpwerke gefördert werden. Solche Solen werden auch künstlich bereitet, indem man in Bergwerken, die nicht allzu reines Salz enthalten, durch Wasserzufluß das Salz herauslösen läßt und die Sole dann fördert. Bisweilen werden zu diesem Zwecke überhaupt keine Schächte, sondern nur Bohrlöcher getrieben, in denen die Sole emporsteigt. Die letzte Art der Gewinnung ist freilich mit viel Verlust verknüpft; denn zwischen den einzelnen Bohrlöchern wird stets Salz stehen bleiben. Am vorteilhaftesten für die Gewinnung des Salzes aus der Sole ist es, wenn die Sole gesättigt ist. So besitzt Lüneburg eine 25grädige oder lötige, d. h. prozentige, Reichenhall eine 23grädige Sole. Zunächst aber sind die Solen zu schwach, um gleich mit Brennstoff eingedampft zu werden. Wenn sie schwächer als 16grädige sind, werden sie in den bekannten Gradierwerken „gradiert". Durch ein- oder mehrmaliges Hinabtropfenlassen über die freistehenden Reisigwände von Schwarzdorn wird die Sole bis fast zur Sättigung eingedampft. Gleichzeitig werden dabei viele verunreinigende Salze, namentlich Gips, Kalkstein usw. als „Dornenstein" abgeschieden. In den Siedepfannen wird die Sole weiter eingedämpft, bis sich das feste Salz abscheidet. Die Gradierwerke treten in Deutschland zuerst in Nauheim im Jahre 1579, in Kötschau bei Merseburg 1599 auf, ihre jetzige Gestalt erhielten sie 1730. Deutschland besitzt ungefähr 60 Salinen, in denen Siedesalz hergestellt wird.

Trotzdem das Meerwasser nur sehr wenig Salz enthält, der Höchstgehalt an Kochsalz beträgt noch nicht 3 Prozent, wird es doch aus ihm abgeschieden. Die Gewinnung ist aber nur in nördlichen und südlichen Ländern lohnend. Im Norden benutzt man zur Anreicherung des Salzes den Umstand, daß beim Frieren des Wassers das sich bildende Eis fast salzfrei ist. Das zurückbleibende Salzwasser reichert sich durch öfteres Ausfrierenlassen immer mehr an Salz an. In südlichen Ländern, Frankreich, Italien, Dalmatien, Spanien, wird die Sonnenwärme benutzt, das Wasser zu verdampfen und so das Salz zu gewinnen. In dem tonigen Strande sind Teiche gegraben, in die im Frühjahr Meerwasser hineingelassen wird. Nachdem dies bis zur Sättigung eingedunstet ist, gelangt die Sole weiter in die „Salzbeete", eine Reihe von Behältern, aus Ton festgestampft, in denen sich das Salz ausscheidet. Auf diese Weise werden jährlich mit geringem Aufwand von Arbeit erhebliche Mengen von Salz gewonnen, so in den Meersalinen Giraud und Berre an der Rhonemündung jährlich etwa 50 000 Tonnen.

Das Salz findet in der chemischen Industrie eine ausgedehnte Verwendung. Es ist der Rohstoff für Soda und Glaubersalz. Beide Produkte werden fast nur noch künstlich hergestellt; die geringen natürlichen Vorkommen haben gar keine Bedeutung. Das Glaubersalz wird in Glashütten, Ultramarinfabriken in großen Mengen verbraucht. Bei seiner Darstellung wird aus dem Salz gleichzeitig Salzsäure gewonnen. Auch das Chlor zur Bereitung von Chlorkalk wird dem Steinsalz (Chlornatrium) entnommen. Viele andere Natronsalze, als Borax, Wasserglas usw., decken ihren Bedarf an Natron in dem Steinsalz. Der Bedarf an solchen für technische Zwecke ist in einer ständigen Zunahme begriffen und hat sich für einzelne Stoffe in kurzer Zeit um das Siebenfache vermehrt. In Deutschland werden jetzt größere Mengen Salz zu technischen als zu Genußzwecken verbraucht; in England ist infolge seiner mächtigen Sodaindustrie der Verbrauch noch höher. Nach Zirkel findet das Steinsalz in Nordafrika Verwendung als Baumaterial; für unser feuchtes Klima wäre das freilich nicht möglich.

Die älteste Verwendung des Salzes ist die zum Würzen von Speisen. Das Salz ist für den menschlichen Organismus nötig, obwohl es nicht als Nahrungsmittel betrachtet werden kann. Es wird allgemein als Genußmittel bezeichnet. Sehr zutreffend sind die Ausführungen Pettenkofers über die Genußmittel, welche hier Platz finden mögen: „Der Mensch hängt so sehr von Genußmitteln der verschiedensten Art ab, und zwar nicht bloß für Zwecke der Verdauung und Ernährung, sondern auch noch für zahlreiche Nerventätigkeiten in ganz andern Richtungen, daß er dafür, um sich dieselben zu verschaffen, gern etwas Geld opfert oder bezahlt. Wie viele verzichten nicht auf ein Stück Brot, um sich eine Tasse Kaffee oder Tee, eine Prise Tabak, eine Zigarre, ein Glas Bier oder Wein zu sichern, wenn ihnen die Wahl gelassen wird, obwohl ein Stück Brot zum Fett- und Eiweißersatz im Körper beiträgt und die genannten Genußmittel nicht." „Die Genußmittel sind wahre Menschenfreunde; sie helfen unserm Organismus über manche Schwierigkeit hinweg. Ich möchte sie mit Anwendung der richtigen Schmiere bei Bewegungsmaschinen vergleichen, welche zwar nicht die Dampfkraft ersetzen und unentbehrlich machen können, aber dieser zu einer viel leichteren und regelmäßigeren Wirksamkeit verhilft und außerdem der Abnutzung der Maschine ganz wesentlich vorbeugt. Um letzteres tun zu können, ist bei der Wahl der Schmiermittel eine Bedingung unerläßlich: sie dürfen die Maschinenteile nicht angreifen, sie müssen, wie man sagt, unschädlich sein."

Besonders die letzten Worte Pettenkofers treffen auf die Wirkungen des Salzes zu. Man hat festgestellt, daß Speisen auch ohne Salzverbrauch verdaut und vom Körper gut ausgenutzt worden sind, aber es hat sich ergeben, daß zur Verdauung mehr Kraft notwendig war als beim Vorhandensein von Salz. Das Salz regt die Verdauung an. Wenn ein Tropfen verdünnter Kochsalzlösung auf die Magenschleimhaut eines Tieres gebracht wird, so bewirkt dies einen Austritt von Saft aus den Drüsen. Ebenso wird reichlich Speichel abgesondert, wenn Kochsalz (oder Zucker) in den Mund eingeführt wird. Das Salz wirkt aber nicht nur auf die Absonderung der Verdauungssäfte fördernd ein, es wirkt auch direkt günstig auf die Verdauung der Eiweißstoffe. Nach dem Genusse von Kochsalz findet infolgedessen eine vermehrte Harnstoffausscheidung statt. Der Genuß des Kochsalzes bedingt auch eine größere Wasseraufnahme und erhöht demzufolge den Säftestrom.

Dem Salze kommt aber nach den Untersuchungen des Chemikers Bunge noch eine weit wichtigere Aufgabe zu. Das Salz findet sich im Organismus hauptsächlich im Blute und zwar in der Blutflüssigkeit, die Blutkörperchen enthalten mehr Kalisalze. Mit allen Nahrungsmitteln nehmen wir aber Salze der verschiedenen Art auf, pflanzliche Nahrungsmittel enthalten hauptsächlich Kali-, tierische mehr Natronsalze. Bei fast ausschließlicher Pflanzennahrung findet nicht bloß eine Anreicherung der Kalisalze statt, sondern letztere verdrängen direkt die Natronsalze, die in stärkerem Maße ausgeschieden werden. Es muß also dem Körper Kochsalz als solches zugeführt werden, damit er nicht daran verarmt. Damit stehen die Tatsachen in Einklang, daß Kochsalz von den Volksklassen beliebt und begehrt wird, die sich vorwiegend von Pflanzenkost ernähren, während die nur von Fleisch und tierischen Stoffen lebenden Völker kein Bedürfnis nach Kochsalz zeigen. Die nordasiatischen Jäger, Fischer und Hirten leben vollständig ohne Salz. So nähren sich die Samojeden nur von Renntierfleisch. Die Dolganen und Juraken, zwischen Jenissei und Lena lebend, deren Nahrung aus Fischen und Renntierfleisch besteht, genießen niemals Salz, obgleich sie es sehr wohl kennen und es in ihrem Lande reiche Salzlager gibt. Die Giljaken und Kamtschadalen haben sogar eine Abneigung dagegen. Ein Hirtenvolk am Nilgiherrygebirge in Indien, die Todas, kannte das Salz überhaupt nicht, es lebte nur von Büffelfleisch, und nie wurde Salz genossen. Anders verhält es sich mit den Völkern, die hauptsächlich von Pflanzenkost leben wie die Neger Afrikas. Der Forschungsreisende Mungo Park sagt: Im Binnenlande ist Salz der größte Leckerbissen. Kinder sieht man Salz lecken, als ob es Zucker wäre. Salz ist so teuer, daß die Redensart: „Er ißt Salz, einen reichen Mann bedeutet. Mungo Park hat selbst ein entsetzliches Verlangen nach Salz empfunden; es zu entbehren wurde ihm zur höchsten Qual. Auch die pflanzenfressenden Tiere empfinden diesen Salzhunger. Die Büffel in den nordamerikanischen Prärien versammeln sich an den Stellen, wo Salzlager zutage treten, und an Salzquellen. Rehe werden durch Salzlecksteine auf bestimmte Plätze gelockt. Die Alpentiere vermögen sogar das Salz förmlich zu riechen. Wenn ihnen Düten, die mit Salz oder Erde gefüllt sind, vorgeworfen werden, so stürzten sie sich regelmäßig auf die mit Salz gefüllten Düten. Es hat dies seinen Grund darin, daß oben in den Bergen die Gewässer wie die Futterstoffe wesentlich salzärmer sind als im Tale. So enthält das Heu im Tale viermal soviel Kochsalz als Gebirgsheu. Diesen Mangel suchen die Tiere durch Salzgenuß auszugleichen.

Die Menge des vom Menschen täglich aufgenommenen Salzes beläuft sich auf 12—20 Gramm, im Mittel auf 17 Gramm, oder für den Kopf und das Jahr auf 5—7 Kilogramm. Ein erwachsener Mensch von 75 Kilogramm Körpergewicht enthält etwa 500 Gramm Kochsalz, während sich die durch den Harn ausgeschiedene Menge auf über 12 Gramm täglich beläuft. Wird Salz in zu großen Mengen genossen, so schlägt die vorteilhafte Wirkung, wie bei allen Genußmitteln, in das Gegenteil um. Dieses Zuviel wird aber zumeist vermieden; läßt man doch Nahrungsmittel wie gepökeltes Fleisch oder gesalzene Fische, die zur Frischhaltung viel Salz aufgenommen haben, vorher wässern, um ihnen einen Teil zu entziehen. Das Speisesalz ist nie reines Chlornatrium, das den reinen Salzgeschmack besitzt. So enthält das Küchensalz nur 93—95 Prozent, Tafelsalz 98 Prozent und das aus dem Meerwasser gewonnene 92—96 Prozent Chlornatrium. Die beigemengten Salze schmecken zwar ebenfalls salzig, doch haben sie nicht den reinen Salzgeschmack, aber in vielen Gegenden glaubt man, daß solches Salz kräftiger wirke. Die Verunreinigungen haben doch den Nachteil, daß sie Wasser aus der Luft anziehen, so daß das Salz feucht wird. Reines Chlornatrium bleibt auch in feuchter Luft trocken. Die Ansicht, daß grobes körniges Salz eine stärker salzende Wirkung habe, also mehr salze als das feine, ist sehr verbreitet. Dabei ist aber das feinkörnige Tafelsalz und das Steinsalz reicher an Chlornatrium und sollte, da die fein gepulverten Teilchen eher zur Wirkung kommen, stärker salzen als das grobe. Die dem groben Salze nachgesagte stärkere Wirkung führt man auf größeren Wassergehalt und damit bedingte Verunreinigung durch andere Salze zurück.

Das zu Genußzwecken dienende Salz wird bekanntlich mit einer Steuer belegt. Frei von dieser Steuer sind nur die zu technischen Zwecken dienenden Mengen. Um eine Umgehung der Steuer zu verhindern, muß das zu technischen Zwecken verbrauchte Salz denaturiert werden. Als Denaturierungsmittel werden die mannigfachsten Stoffe angewendet. Für Vieh werden Heu und Wermutkraut in gepulvertem Zustande verwandt, um es für den menschlichen Genuß unbrauchbar zu machen. Das chemischen Zwecken dienende Steinsalz wird z. B. mit Tran, Terpentinöl, Petroleum, Ruß, Mennige, Kohlepulver, Farbstoffen, Soda,

Schwefelsäure, Salzsäure und anderen Stoffen denaturiert. Die Steuer für das zu Genußzwecken dienende Salz bringt in Deutschland jährlich über 50 Millionen Mark, sie beträgt bekanntlich für 100 Kilogramm 12 Mk. Es ist dies eine enorm hohe Steuer; denn der Preis für Steinsalz beträgt in Staßfurt nur eine halbe Mark und für Siedesalz 2,70 Mk. für 100 Kilogramm. Die Steuer (seit 1867) wird als Produktionssteuer erhoben und natürlich vom Produzenten auf den Konsumenten abgewälzt. Dem bereits angegebenen Salzverbrauch entsprechend kommt auf den Kopf der Bevölkerung jährlich eine Mark Salzsteuer. Für die Volksklassen, die hauptsächlich auf Pflanzennahrung, Brot und Kartoffeln, angewiesen sind, erhöht sich durch den vermehrten Salzbedarf die Steuer noch. In andern Staaten hat man Salzmonopole geschaffen, so in Österreich, Italien, Japan usw. In früheren Zeiten wählte man die Salzkonskription, um mit Hilfe des Salzes Steuern aufzubringen. Ein jeder Haushalt war gezwungen, wenigstens eine bestimmte Menge Salz, die nach der Mitgliederzahl bemessen war, von den staatlichen Abgabestellen zu kaufen. Ein Wiederverkauf dieses Salzes war verboten. Diese Bestimmungen hatten in Frankreich bis 1790, in Preußen bis 1816 und in Sachsen bis 1840 Geltung. Das Königreich Sachsen ist übrigens eins der Länder, das keine Salzlager besitzt.

Aus Nah und Fern.

„Kurz und bündig." Die Münchener „Jugend" sowie der „Simplicissimus" bringen von Zeit zu Zeit kleine Auszüge aus Gerichtsentscheidungen, die in einem einzigen Satze, durch An- und Ineinanderfügen von zahlreichen Satzperioden, eine Schilderung geben, für die der gewöhnliche Sterbliche gemeinhin einen ganzen Aufsatz schreiben müßte, um das gleiche auszuführen bezw. sich dem Leser gegenüber verständlich zu machen. Diese so geistreichen und scharfsinnigen langatmigen Sätze haben nur den einen Fehler, daß der Nichtjurist sich dabei das arme Hirn zermartern muß und am Ende doch nicht herauskriegt, was der juristische Geistestitan ihm eigentlich hat sagen wollen. Die staunenerregendsten Leistungen dieser Art werden von unseren Satirikern gewöhnlich aus Entscheidungen des Reichsgerichts hervorgeholt. So brachten wir vor einiger Zeit unter der Stichmarke: „Was ist eine Eisenbahn?" ein liebliches Satzgebilde von unentwirrbarer Logik. Der zweifelhaft stilistische Ruhm des Reichsgerichts hat aber auch die Strafkammer des Landgerichts in Breslau nicht in Ruhe gelassen, die sich ebenfalls in dieser berauschenden Stilistik zu üben sucht, wie ein der „Allg. Deutschen Gärtnerzeitung" vorliegender, vom 4. April d. J. datierter Beschluß genannter Kammer höchsterfreulicher Weise erkennen läßt. Dieser Beschluß richtet sich gegen einen Gärtner, ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, und lautet folgendermaßen: „Auf Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen den Gärtner . . . in Breslau, welcher hinreichend verdächtig erscheint, im Februar 1908 in Rosenthal den Entschluß, die Gärtnergehilfen H. und A. und den Lehrling G. widerrechtlich zu einer Unterlassung, nämlich Unterlassung der Anzeige seiner Bemühungen, die Genannten vom Eintritt in einen sozialdemokratischen Verein zu bestimmen, durch Bedrohung mit dem Vergehen der Körperverletzung zu nötigen, durch Handlungen betätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung dieses beabsichtigten, aber nicht zur Vollendung gekommenen Vergehens enthalten — Vergehen gegen §§ 240, 43, 44, 45 St.-G.-B — eröffnet und die Verhandlung und Entscheidung auf Grund des § 75 G.-V.-G. dem Königl. Schöffengericht hier überwiesen." Man wird zugeben müssen, daß in diesem herrlichen Gebilde das aufrichtige Bestreben steckt, dem Reichsgericht nachzuahmen. Dem armen Gärtner ist beim Lesen aber so katzenjämmerlich zumute geworden, daß er mehrere Tage mit brummendem Schädel umherlief und dann, da er sich immer noch nicht ausfand, das Monstrum im Original an die Hauptverwaltung seines Verbandes in Berlin sandte, diese um Aufklärung ersuchend. Besieht man sich die Sache von der ernsten Seite, dann muß man sagen: Es ist ein himmelschreiender Jammer, daß die moderne Juristerei sich noch herausnehmen darf, solche mittelalterliche Stilistik anzuwenden, die in ihrer ganzen Anlage nur bewirkt, den behelligten Angeschuldigten zu verwirren. Justizpfleger, die nicht fähig sind oder nicht den Willen haben, sich in einfachem und schlichtem Deutsch auszudrücken, sollte man, weil als Volksrichter unbrauchbar, einfach zum Teufel jagen, mit dem sie sich zweifellos leichter verständigen würden. — In der hier in Frage kommenden inkriminierten Sache hatte der öffentliche Ankläger allerdings kein Glück. Das ganze große „Strafvergehen" stellte sich im Verhandlungstermin nämlich als so harmlos heraus, daß selbst der Staatsanwalt die Freisprechung des Angeschuldigten beantragen mußte, die dann auch erfolgt ist.

Kurios von den preußischen Wahlmännerwahlen. In einem kleinen Dorfe in der Nähe von Hannover, wo drei kleine Gemeinden in einem Wahllokale wählten, erschien ein Bäuerlein, um seine Stimme abzugeben. Der Wahlvorsteher fand den Namen des Mannes nicht gleich in der Liste und fragte den Bauern: „Zweiter oder dritter Klasse?" Der Bauer lächelte verschmitzt und sagte: „Nee nich mit 'r Isenbahn (Eisenbahn), ich bün mit'r Elektrischen vor tein (10) Pfennige fohren!" — In ein Wahllokal in einem Vorort von Hannover trat ein Mann, um seine Stimme abzugeben. Er hatte in der zweiten Klasse zu wählen, und es wurde ihm bedeutet, daß der Wahlakt für die zweite Klasse bereits vollzogen und die Wahl geschlossen sei. Es habe jetzt nur noch die dritte Klasse zu wählen. Der Mann überlegte einen Augenblick und sagte: „Wählen mot eck und will eck, dann geben Sei meck dä dritte Klasse!" Man machte dem Manne klar, daß das nicht angängig sei, und daß er nun nicht mehr wählen könne. Da schlug der Alte auf den Tisch und rief empört: „Denn betal' eck ook keine Stüern (Steuern)!", schlug die Tür zu und ging. — In dem kleinen Industriestädtchen E. weigerte sich ein Handwerksmeister, sich an der Wahl zu beteiligen. Er lehnte entschieden ab und berief sich darauf, daß er keine Zeit habe. Man versprach, ihn mit einem Wagen zu holen und auch wieder nach Hause zu befördern; trotzdem weigerte er sich. Schließlich ließ er sich breitschlagen und fuhr mit. Auf einer holprigen Straße brach ein Rad des Wagens, der Mann stürzte vom Wagen auf die Straße und brach den rechten Arm. Noch an demselben Abend ließ er durch einen Rechtsanwalt den Klageweg gegen den Wahlausschuß betreten. Der Anwalt ist der Ansicht, daß er eine Entschädigungsklage gewinnen wird, da sein Klient seine Abholer vorher darauf aufmerksam gemacht hat, daß sie ihm für alle durch sein Erscheinen bei der Wahl entstehenden Schäden haftbar seien.

Goethe in der Oberprima. Der „Rhein.-W.-Z." schreibt ein Leser aus Paderborn: Folgende kleine Geschichte für deren Wahrheit ich mich ausdrücklich verbürge, passierte hier, in der geistigen Zentrale für das südöstliche Westfalen und Umgebung. In Oberprima (achte Klasse) des Gymnasiums fühlte sich Herr Dr. X. veranlaßt, seine Schüler mit den Werken eines gewissen Goethe bekannt zu machen, und trug zu diesem Zwecke einige Tatsachen aus dessen Leben vor. Hierbei gab der betreffende Herr jedoch mehr seinem subjektiven Empfinden Ausdruck und belegte besonders die verschiedenen Liebschaften Goethes mit weniger zarten Ausdrücken. Den Schluß seiner Ausführungen bildete folgender großartige Satz: „Aber das will ich Ihnen sagen, wenn der hier neun Jahre vor mir auf den Bänken gesessen hätte, dann wäre er ein ordentlicher Mensch geworden!"

Verhaftung von „Bankiers". Auf Veranlassung der Breslauer Kriminalpolizei wurde der Inhaber des dortigen Bankgeschäfts Walter Wentzel in Berlin verhaftet. Sein Bruder Curt in Breslau wurde gleichfalls festgenommen. Gegen Walter Wentzel liegt der Verdacht vor, das Bankgeschäft zu unlauterem Zweck gegründet und viele Personen durch unredliche Geschäfte geschädigt zu haben. Gegen Curt Wentzel besteht der Verdacht der Unterschlagung. Walter Wentzel hatte durch kostspielige Annoncen von vielen Personen Geld für seine Geschäfte erhalten, darunter von einer Dame ihr ganzes Vermögen in Höhe von 65 000 Mk., das nun verloren ist. Das Bankgeschäft wurde polizeilich geschlossen.

Korrigierte Justiz? Im sächsischen Landtag hat es der Justizminister bei der Beratung des Justiz-Etats in Abrede gestellt, jemals vertrauliche Besprechung mit Richtern über Urteilsfällung genommen zu haben, und auch abgelehnt, jemals solche versuchen zu wollen. Kein Zweifel, ein solches Verhalten des Ministers wäre durchaus korrekt, das Gegenteil wäre eine unzulässige Richterbeeinflussung. Nun sind dieser Tage auf einer Tagung des Allgemeinen deutschen Jagdschutzvereins Behauptungen aufgestellt worden, die geeignet sind, die oben erwähnten Versicherungen des Ministers zu erschüttern. Der genannte Verein umfaßt Jagdinteressenten; er wird dirigiert von Rittergutsbesitzern und sonstigen Vertretern des Junkertums. In der letzten Hauptversammlung dieses Vereins wurde nun u. a. mitgeteilt, daß im Jahre 1907 in Sachsen wegen Wilddieberei in 16 Fällen gegen 53 Personen 26 Jahre 10 Tage Zuchthaus, 8 Jahre 30 Monate 34 Wochen und 12 Tage Gefängnis, 4 Wochen Haft, 8 Jahre Ehrverlust, abgesehen von Geldstrafen und Einziehung der Jagdutensilien, rechtskräftig verhängt worden sind. Die versammelten Nimrode waren aber mit diesen Strafen nicht zufrieden; sie wollen noch schärfere Sühnen für Wilddiebereien, wie folgende Stelle eines Berichtes über jene Tagung der Nimrode zeigt: „Angesichts der auffällig milden Bestrafung von Wildfrevel hat sich der Präsident des Allgemeinen deutschen Jagdschutzvereins Se. Durchlaucht Herzog Viktor von Ratibor mit einer Eingabe an die preußische Regierung gewendet und der sächsische Landesvorsitzende, Herr General der Kavallerie von Kirchbach, Exzellenz, ist in der gleichen Angelegenheit beim Königlich sächsischen Justizministerium vorstellig geworden und hat hier bereitwillige Hilfe gefunden. Das Ministerium hat bereits in einem Falle zu milder Bestrafung eines Wildfrevels durch ein sächsisches Gericht einzugreifen versucht; allein die Strafe war bereits rechtskräftig geworden. Der Vorsitzende ersucht deshalb um sofortige Mitteilung einschlagender Fälle, damit event. rechtzeitig eine Korrektur zu milder Fälle erfolgen kann." — Diese Mitteilungen zeigen wieder einmal, wie es mit der sogenannten Unabhängigkeit der Rechtsprechung bestellt ist.

Ausspucken verboten. Man schreibt aus Wien: Ausspucken ist nicht schön, aber daß man es gleich mit einer Arreststrafe von zwei Wochen büßen muß, das ist doch wieder zu hart, im besonderen, wenn man vor Gericht glaubwürdig dargetan hat, daß man einen heftigen Hustenreiz verspürt hat, daß man ausspucken mußte, und schamhaft genug war, die unschöne Tat sogleich mit einem festen Fußtritt zu verwischen. Allerdings ist der junge Mensch, der dieser Tage in Wien wegen Ausspuckens zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt worden ist, in einer Kirche bei dieser unschönen Beschäftigung betroffen worden, und er hat beim Husten den „Leib des Herrn" ausgespuckt, eine Hostie. In der Stefanskirche war der schauerliche Frevel geschehen, ein junger, frommgläubiger Mann, der sogar von einem Geistlichen als gutartig und gutgesinnt bezeichnet wurde, hatte das Malheur, die trockene Hostie nicht sofort schlucken zu können. Die Oblate reizte ihn, er räusperte sich, um sich zu helfen, keuchte, schluckte, und plötzlich war das Unglück fertig: die Oblate lag auf dem Boden. Andere hatten den graunhaften Frevel gewahrt, der Pfarrer von St. Stefan wurde verständigt, das Sakrilegium wurde konstatiert und am nächsten Tage wurde sogar ein feierlicher Sühngottesdienst veranstaltet. Die klerikalen Zeitungen, die vergebens nach Rache für den Frevel des Professors Feilbogen geschrien hatten (die Geschichte war in Italien geschehen und also in Österreich nicht leicht verfolgbar) bauschten das bißchen Ausspucken des jungen Mannes zu einem beabsichtigten bewußten Kirchenfrevel auf, ein jüdischer Staatsanwalt, der gerne mit seinen katholischen Gefühlen prunkt, erhob die Anklage und vier Richter erklärten das Ausspucken für ein Verbrechen der Religionsstörung. Der arme junge Mann muß brummen. Angesichts der Gefahren, die den hustenden Menschen in österreichischen Kirchen drohen, sollte man die Gläubigen wenigstens durch eine Tafel vor diesem neuen Genre von Religionsstörung warnen.

Der Petent mit dem Revolver. Im ungarischen Handelsministerium überreichte der Tischlermeister Alexander Csukay eine Eingabe, in der er sich über die Geschäftstätigkeit der Pfandleihanstalten beschwerte. Als ihm der Staatssekretär des Handelsministeriums, Izterenyi, erklärte, daß dieses Gesuch schon im vorigen Jahre überreicht worden sei, daß die eingeleitete Untersuchung aber zu keinem Ergebnis geführt habe, zog Csukay einen Revolver und schoß sich in die Brust! Die Kugel durchbohrte die Lunge. Csukay wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Knaben als Zugräuber. Aus Neuyork wird berichtet: Unter den Überfällen auf Eisenbahnzüge, die die Vereinigten Staaten schon erlebt haben, dürfte der merkwürdigste die Ausplünderung des Great Northernzuges außerhalb Great Falls, Montana sein, die von drei Schuljungen mit Erfolg durchgeführt wurde. Ihre Gesichter hatten die Burschen, deren Köpfe augenscheinlich durch Sensationsromane verdreht waren, mit schwarzen Masken verhüllt. Mit Revolvern bewaffnet, führten sie ihre Rolle in dem erprobten Stile der Wegelagerer aus Wild-West durch. Genau wie ihre Vorbilder, die berühmten Gebrüder Younger und „Kid Curry" hielten sie den Zug bei einem steilen Hügel an und befahlen dem Schaffner, mit seinem Hut in der Hand durch die Wagen zu gehen und das Geld einzusammeln. Der Beamte zögerte, aber sofort fuhr ihm eine Kugel durch den Ärmel, die ihm anzeigen sollte, daß es sich nicht um einen Spaß handelte. So ging er also, und die von Furcht gelähmten Passagiere warfen mehrere hundert Dollars in den Hut. Einer von ihnen, ein Farmer, wollte davonlaufen und sprang von dem Zuge herab auf die Schienen. Er hatte jedoch kaum einige Schritte zurückgelegt, als einer der Jungen, der Wache hielt, ihm eine Kugel durchs Bein jagte, die es so schwer verletzte, daß es später amputiert werden mußte. Über den gelungenen Streich waren die Jungen indessen so außer sich vor Freude, daß sie sich zu lange in der Nähe des Schauplatzes ihres Triumphes aufhielten; die Polizei, die sofort nach eingelaufener Meldung von Great Falls ausgesandt wurde, traf sie noch an und nahm sie sofort fest. Zwei Jungen waren fünfzehn, der dritte siebzehn Jahre alt. Ein Fünfzehnjähriger war der Führer, der den Zug aufgehalten und auf den Schaffner und den Farmer geschossen hatte.

Ein verheerender Wirbelsturm wütete am 5. Juni im südlichen Nebraska und im nördlichen Kansas. Ein weites Gebiet liegt verwüstet. 21 Menschen wurden getötet. 75 Häuser liegen in Byron, Geneva und anderen Städten in Trümmern, wohin obdachlose Farmer, von Schrecken ergriffen, geflohen waren, um Zuflucht zu finden. In Gladstone (Colorado) schätzt man die Zahl der ums Leben Gekommenen auf 23. Im Goldking-Bergwerk drangen nach einer Explosion schlagender Wetter 34 Bergleute in die Grube, um drei vermißte Kameraden zu retten. Nur 14 sind zurückgekehrt, alle übrigen wurden, wie man glaubt, von Gasen überrascht und fanden den Tod.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein schweres Urteil fällte das Schöffengericht Mannheim gegen mehrere Hafenarbeiter. Die Bordträger Fehling, Abel, Stutzmann, Sack und Oberacker waren in der Nacht zum 6. Mai in das Holzlager von Messerschmitt eingestiegen, um die Streikbrecher zur Umkehr zu bewegen. Zu Differenzen kam es dabei nicht. Alle Angeklagten wurden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Massenmeineide wurden kürzlich vor dem Leipziger Schwurgericht abgeurteilt. Vom 6. Mai bis gegen Ende Mai dauerten die Verhandlungen. Das Haupt der Meineidsbande war der Gastwirt Reichert. Vor einigen Tagen wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen Reichert wegen Meineids in einem Falle und Anstiftung zum Meineid in zwölf Fällen auf 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Kaatzsch wegen Meineids in vier Fällen und Anstiftung zum Meineid in einem Falle auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Klemm wegen Meineids in zwei Fällen auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Tränkner wegen Meineids in drei Fällen und wegen Unternehmens der Verleitung zum Meineid auf 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Schellenberger wegen Meineids in zwei Fällen auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Goldmann wegen Meineids in zwei Fällen auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Kühnert wegen Meineids in zwei Fällen auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen Müller wegen Meineids in einem Falle auf 3 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrenrechtsverlust und gegen Schindler wegen Meineids in einem Falle auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Von der Untersuchungshaft wurden den Angeklagten 4 Monate bis zu einem Jahre angerechnet. Sämtliche Verurteilte wurden für dauernd unfähig erklärt, als Zeugen oder Sachverständig zu fungieren.

Der Pastor mit der Reitpeitsche. Wegen Körperverletzung hatten sich dieser Tage der Pastor Johann Ostender in Poulheim, seine Haushälterin Bornheim und die Dienstmagd Knetter vor der Strafkammer in Köln a. Rh. zu verantworten. Alle drei wurden beschuldigt, im Dezember v. J. die Schwester der Haushälterin derart mißhandelt zu haben, daß die Ärmste zehn Tage das Bett hüten mußte und heute noch leidend ist. Der Herr Pastor bediente sich dabei einer Reitpeitsche und brachte dem Mädchen mehrere erhebliche Wunden bei. Die Mißhandelte hatte zu wiederholten Malen böse Szenen im Pastorate gemacht und gedroht, sie werde den Geistlichen und seine Haushälterin am Orte unmöglich machen. Das Gericht verurteilte den schlagfertigen Pastor zu 350 Mk., die Dienstmagd Knetter zu 50 Mk. und die Haushälterin Bornheim zu 30 Mk. Geldstrafe.

Aus einem frommen Lande. Der katholische Pfarrer Riedlberger in Lechbruck (Bayern) hat es soweit gebracht, daß die Einwohnerschaft ständig gegen ihn und unter sich im Krieg lebt. Die Gerichte haben sich fortwährend mit Prozessen zu beschäftigen, in welchen der Pfarrer die Hauptrolle spielt. In einer Verhandlung wurde unlängst bewiesen, daß der Pfarrer höhnisch erklärt hatte: „So lange ich die Lechbrucker Einwohnerschaft ärgern kann, so lange gehe ich nicht!" Nun fand wieder ein Prozeß statt gegen einen Mann von dort, der von dem Pfarrer gesagt hatte, er sei ein Seelenmörder, ein Glaubensräuber, den man von der Kanzel herunterschlagen und dem man haberfeldtreiben soll; der raube einem das bißchen Glauben, das man noch habe usw. — Die Verhandlung brachte geradezu skandalöse Zustände bezüglich des Pfarrers zutage. Der Mann, der wegen der schweren Beleidigungen des Pfarrherrn angeklagt war, wurde freigesprochen. Das schönste an der Sache ist die Tatsache, daß das Pfarrhaus während der Nacht von zwei Wachleuten bewacht wird — auf Kosten der Allgemeinheit!

Allerlei Wissenswertes.

Sauer gewordene Fässer zu reinigen.

Will man sauer gewordene Fässer wieder brauchbar machen, so wird der Boden herausgenommen. Dann werden die Innenwandungen sorgfältig überall mit einem Brei von gelöschtem Kalk bestrichen, der so dick ist, daß er überall gut haftet. Damit bleibt das Faß dann 24 Stunden stehen. Hierauf scheuert man dasselbe mit siedendem Wasser mittels eines Strohwisches von der Größe, daß er gut gehalten werden kann, tüchtig aus, spült mit heißem Wasser nach, langt einige Male mit kaltem Wasser und brennt es, nachdem der Boden wieder eingesetzt worden, mit Schwefel bis zum späteren Gebrauch gut ein. Nach der Reinigung muß natürlich jeder sauere Geruch vollständig verschwunden sein. Will man sich überzeugen, ob jede Gefahr für später ausgeschlossen, so feuchtet man vor dem Schwefeln die Faßdauben mit reinem Wasser an und drückt ein Stückchen blaues Lackmuspapier (in jeder Apotheke zu haben) darauf. Erscheint dasselbe rötlich gefärbt, so ist die Säure nicht völlig getilgt und muß das Verfahren wiederholt werden. Die Ritzen und Fugen müssen selbstredend am sorgfältigsten behandelt werden.

Der Fischotter ist ein ausgesprochenes nächtliches Raubtier.

Äußerst selten wird man ihn bei Tage fischen sehen. Nur wenn er seine Nahrung schwerer und spärlicher bekommen kann, kommt dies bisweilen vor. Auch die Mutterotter wird an stillen, abgelegenen Orten untertags fischen, wenn sie ihre heranwachsenden Jungen befriedigen muß. Im allgemeinen aber rückt der Fischdieb mit Einbruch der Dämmerung zum Raube aus. Zu früher Morgenstunde versteckt er sich wieder.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.